

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung
der Demokratie in Freiheit und Frieden

–

von

Tristan Abromeit

Januar 2023

Text 177.0

www.tristan-abromeit.de

Die Grenzen des Staates

und

die Wahl der Gesellschaftsordnung

Text 177.12.2

Informationen

für Kultur, Wirtschaft und Politik

Sonderausgabe für die Opfer der westlichen „Entwicklungsländer

Herbert H. K. Müller

1961

Informationen

*für Kultur,
Wirtschaft
und Politik*

*Sonderausgabe
für die Opfer der westlichen „Entwicklungshilfe:“*

Herbert K. R. Müller

**Die ökonomischen, sozialen und politischen
Hintergründe der westlichen Hilfe
für die unterentwickelten Länder**

Die ökonomischen, sozialen und politischen Hintergründe der westlichen Hilfe für die unterentwickelten Länder

I. Der Welthunger

Von den 2,5 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung sind zwei Drittel mengenmäßig und qualitativ nicht ausreichend ernährt. Fast die Hälfte der Menschheit muß sich mit weniger als 2500 Kalorien ernähren und leidet an offenem oder verstecktem chronischen Hunger. 1/2 Milliarde Menschen erhalten zwar hinreichende Kalorien in Gestalt von Reis, Mais oder anderem Getreide, aber sie sind nicht in der Lage, ihren Eiweißbedarf zu decken und sich ihre körperliche und geistige Leistungsfähigkeit voll zu erhalten. Ca. 30 bis 40 Millionen Menschen sterben jährlich vor Hunger, d. h. etwa 80 v. H. soviele Menschen, wie in der Bundesrepublik leben, gehen jährlich zugrunde, weil es ihnen an hinreichender Nahrung mangelt. Von 900 Millionen Kindern unter 15 Jahren, die es auf der Erde gibt, leben und sterben etwa 500 Millionen in Not.

Der Grad der Unterernährung kommt u. a. in der nachstehenden Gegenüberstellung der Nahrungsverfügbarkeiten einiger unterentwickelter Länder mit denen westlicher Länder zum Ausdruck.

Nahrungsverfügbarkeiten

Geschätzter Kalorien- und Eiweißgehalt der durchschnittlichen nationalen Nahrungsverfügbarkeiten pro Kopf und Tag in ausgewählten Ländern (nach neuesten Angaben):

| Land | Kalorien je Tag | Eiweiß in Gramm je Tag | Davon tierisches Eiweiß in Gramm je Tag |
|----------------|-----------------|------------------------|---|
| Indien | 1850 | 56 | 6 |
| Ceylon | 1940 | unbekannt | — |
| Philippinen | 1960 | unbekannt | — |
| Japan | 2160 | 64 | 14 |
| Pakistan | 2180 | 56 | 6 |
| Brasilien | 2360 | 57 | 16 |
| Ägypten | 2380 | 73 | 9 |
| Dänemark | 3310 | 89 | 50 |
| USA | 3100 | 93 | 64 |
| Bundesrepublik | 2970 | 78 | 42 |

Quelle: Rolf Wagenführ, Die Welt in Zahlen.

Bei den vorstehend angegebenen Nahrungsverfügbarkeiten handelt es sich jedoch um Durchschnittswerte; sie sagen also nichts über die wirkliche Versorgung der ärmeren Bevölkerungsteile aus, da bei der Berechnung der Durchschnittsmengen die in allen Ländern bestehenden großen sozialen Unterschiede und der damit verbundene differenzierte Verbrauch nicht berücksichtigt werden konnten. Bei der Beurteilung der in der Übersicht ausgewiesenen Zahlen ist ferner zu bedenken, daß der Bedarf an Nahrung auch von den klimatischen Bedingungen und von der Schwere der körperlichen Arbeit beeinflußt wird. In Dänemark werden z. B. im Schnitt 3310 Kalorien und 89 Gramm Eiweiß verbraucht gegenüber Indien mit 1850 Kalorien und mit 56 Gramm Eiweiß. Und doch braucht der Landwirt in Dänemark, der seinen Acker mit dem Traktor pflügt, nur geringe körperliche Arbeit dabei aufzuwenden, während der indische Bauer meist schwerste körperliche Arbeit zu leisten hat und in Ermangelung von Zugtieren in vielen Fällen sogar seinen hölzernen Pflug selbst über den Acker ziehen muß.

Nach den Untersuchungen der internationalen Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation fehlen in Indien rund 18% der als Mindestmaß festgestellten Kalorienmenge, in Pakistan 12%, in Japan 7%. In vielen anderen unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Süd- bzw. Mittelamerikas, für die keine Unterlagen veröffentlicht wurden, liegen die Verhältnisse ähnlich.

Bei der Beurteilung der in vielen unterentwickelten Ländern herrschenden chronischen Hungersnot genügt es überdies nicht, die Ernährungslage nur nach den zur Verfügung stehenden Mengen zu betrachten. Die Nahrung besteht dort fast ausschließlich aus Ge-

treide und Getreideprodukten. In den westlichen Ländern hat sich dagegen der Verbrauch an Getreide weitgehend zugunsten von Fleisch, Eiern, Milch, Fett, Gemüse und Früchten zurückgebildet. In den Ländern mit hohem Ernährungsstandard sind Nahrungsmittel tierischen Ursprungs mit dem für die Ernährung wichtigen Eiweiß zu 40 bis 50% an der gesamten Kalorienmenge beteiligt. In Asien und einer großen Reihe afrikanischer Länder werden dagegen noch nicht 10% erreicht.

Nach einem von der internationalen Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation für 1950/51 ermittelten Index des Ernährungsstandes, der aus den Kalorienzahlen und dem zur Verfügung stehenden tierischen Eiweiß berechnet wurde, ergaben sich folgende Abstufungen:

| | | | |
|------------|-----|--------|----|
| Australien | 100 | Mexico | 16 |
| USA | 89 | Japan | 10 |
| England | 66 | Indien | 4 |

Die Urarmut

Der chronische Hunger und die für unsere Begriffe fast unvorstellbare Armut, die in den meisten unterentwickelten Ländern der Welt herrschen, sind keineswegs durch die Enge des Nahrungsraumes bedingt; sie liegen vielmehr in dem Umstande begründet, daß die Landwirtschaft dort noch heute mit den gleichen primitiven Bodenbearbeitungsmethoden betrieben wird, wie vor 8000 Jahren.

Von 350 Millionen landwirtschaftlicher Familien der Welt verwenden immer noch etwa 250 Millionen Familien zum Pflügen des Bodens einen hölzernen Haken, der an der Spitze mit Eisen verstärkt ist (z. B. in Indien, Indochina, teils China, Türkei, Persien, Afrika). Dieses primitive Gerät kann den Boden nicht wenden, sondern nur in einer geringen Tiefe aufwühlen. Gewöhnlich wird der hölzerne Pflug von mageren, halb verhungerten Ochsen gezogen, die sich im Sommer von Unkraut, das am Feldrain wächst, und im Winter nur von Stroh ernähren müssen. Wo das Zugtier fehlt, muß der Pflug sogar unter Verwendung von Menschenkraft durch den Acker gezogen werden.

Meist haben die Bauern nicht mehr als 5 ha Land in Bewirtschaftung, mit denen sie ihre Familie und das Vieh ernähren. Mehr Land können sie — auch wenn genug unbestellte Flächen vorhanden sind — nicht mit dem hölzernen Haken bestellen und selbst diese relativ kleine Fläche vermögen sie nicht voll auszunutzen, wenn sie keinen Ochsen haben und den Haken selbst ziehen müssen. Der reiche Alluvialboden, der z. B. in weiten Teilen Indiens vorhanden ist und teils eine Tiefe von 10 m aufweist, kann bei der Bestellung mit dem hölzernen Haken nicht einmal für bessere Ernten ausgenutzt werden. Die dünne Oberschicht des Bodens, die durch den hölzernen Haken nur geritzt wird, ist arm an Nährstoffen geworden, obwohl darunter die nährstoffreichen Alluvialbodenschichten unausgenutzt schlummern. Allein durch tieferes Pflügen und Wenden des Bodens könnte in Indien der dreifache landwirtschaftliche Ertrag erzielt werden.

Der durch die primitive Bodenbearbeitung nährstoffarm geworden Boden kann aber in Indien nicht einmal durch den vorhandenen Kuhdung aufgereichert werden. Die Bauern sind zu arm, um sich Kohle zu kaufen, und deshalb benutzen sie den getrockneten Dung zur Deckung des Bedarfs an Wärme zum Heizen und Kochen. Dadurch wird dem Boden obendrein noch die Zufuhr neuer Nährstoffe vorenthalten, der er dringend bedarf, und es verbleibt den Bauern auf den in Bewirtschaftung genommenen Flächen in der Regel nur eine Ernte, die nicht einmal ausreicht, um die eigene Familie kümmerlich zu ernähren. Zum Verkauf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen bleibt nichts oder so wenig übrig, daß die bäuerlichen Familien in den unterentwickelten Ländern seit Jahrtausenden nicht einmal soviel haben ersparen können, um sich anstelle des hölzernen Hakens wenigstens einen eisernen Pflug zu beschaffen, wie er bereits zurzeit Christi Geburt von den Römern erfunden war.

Überall, wo noch der hölzerne Haken benutzt wird, herrscht deshalb jene für einen großen Teil der Weltlandwirtschaft typische Urarmut, von der in der westlichen volkswirtschaftlichen Literatur allgemein gesagt wird, daß sie nicht auf Wucher und Ausbeutung beruhe, sondern sich wegen der primitiven Bodenbearbeitung im ewigen Kreislauf immer wieder selbst von neuem reproduziere.

In dieser Interpretation der Urarmut steckt jedoch nur die halbe Wahrheit. In den meisten der unterentwickelten Länder haben nämlich die Bauern von den kärglichen Ernteerträgen einen Pachtzins an die teils märchenhaft reichen Grundherren zu entrichten,

der oft mehr als 50% der Ernte ausmacht. Selbst in Indien, wo in jüngster Zeit bodenreformerische Maßnahmen durchgeführt wurden, belaufen sich die als arbeitsloses Einkommen an die Bodeneigentümer zu entrichtenden Pachten immer noch auf $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ des jährlichen Rohertrages.

Würden nicht die hohen Grundpachten aus den Bauern herausgepreßt werden und könnten von ihnen die hierauf entfallenden Teile der Ernteerträge zur Ersparnisbildung benützt werden, so bestände zweifellos in vielen Fällen die Möglichkeit, allmählich das Kapital zur Beschaffung besserer Arbeitsgeräte zu ersparen. Wenn dann mit diesen Geräten der Boden rationeller bewirtschaftet werden würde, wären bald überall höhere Ernten zu erzielen; der Nutzeffekt der landwirtschaftlichen Arbeit könnte beträchtlich gesteigert und die jetzige Urarmut würde sicher wenigstens zum Teil überwunden werden.

An der Beseitigung dieser Urarmut hat jedoch die feudale Oligarchie der Grundbesitzer, die in den meisten unterentwickelten Ländern herrscht, kein Interesse. Diese Leute wissen sehr wohl, daß nur ein in der ewigen Furcht vor dem Hunger lebendes Volk schicksalsergeben und unterwürfig im Fatalismus verharret, dem die Früchte der Zivilisation vorenthalten werden. Sie wissen, daß ein solches Volk viel leichter zu unterdrücken ist und viel brutaler ausgebeutet werden kann, als Menschen, die von der Entwicklung der modernen Technik und Wissenschaft sowie von der ständigen ökonomischen Aufwärtsentwicklung profitieren und sich ihrer sozialen und politischen Bedeutung im Rahmen der Volkswirtschaft immer mehr bewußt werden.

Aus den gleichen Erwägungen hatten die in vielen der heutigen unterentwickelten Länder Asiens und Afrikas eingedrungenen Kolonialmächte in der Regel bewußt die Herrschaft der einheimischen Grundherren weitgehend unangetastet gelassen, ja sogar gestützt. Denn solange die Erträge in der Landwirtschaft infolge des ausbeuterischen Pachtsystems und der primitiven Bodenbearbeitungsmethode so niedrig blieben und die Urarmut konservierten, konnten auch die von den „Kolonialisatoren“ in neuerrichteten Großplantagen und Bergwerken oder anderswo beschäftigten Arbeitsklaven ohne Schwierigkeit zu Löhnen angeworben und ausgebeutet werden, die nicht wesentlich über den geringen landwirtschaftlichen Erträgen lagen. Die Differenz zwischen diesen niedrigen Löhnen und den um ein Vielfaches höher liegenden Löhnen in den europäischen und amerikanischen Ländern war der gigantische zusätzliche Profit, der den kapitalistischen Trusts und Konzernen der westlichen Welt lange Zeit hindurch unangefochten in die Hände fiel.

In den vom Welthunger betroffenen Ländern wurden die Interessen der Grundrentner und der ausländischen Kolonialmächte von jeher — zumindest unbewußt — auch von den dort herrschenden Religionen gestützt. Kennzeichnend hierfür ist z. B. ein Gespräch, das kürzlich ein in Rangoon anwesender Berliner Industrieller mit einem buddhistischen Mönch führte, der ihn gelegentlich eines Ganges durch die goldene Pagode führte. Nachdem der Mönch den Industriellen gefragt hatte, was er eigentlich im Lande wolle, sagte er:

„Wir Burmesen sind fromme Buddhisten. Wir wissen, daß alle irdischen Wirklichkeiten nur Schein sind, Schleier der Maja. Darum ist es uns gleich, ob wir reich oder arm sind, hoch oder niedrig. Das Äußere zählt nicht, nur das Innere“. Da die primitiven Menschen in diesen Ländern durchweg echt an diese Religionen glauben und auch danach leben, fiel es natürlich den feudalen Grundherren bislang leicht, jenes Bodenbearbeitungssystem unverändert zu lassen, auf dem der Hunger, die Ausbeutung und der Bodenwucher beruhen.

Volkseinkommen und Verbrauch industrieller Erzeugnisse

Angesichts der auf der untersten Stufe stehengebliebenen Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist es in den unterentwickelten Ländern selbstverständlich nötig, daß fast alle Erwerbstätigen im primären Sektor, der Landwirtschaft, tätig sein müssen, um den Lebensmittelbedarf der Bevölkerung sicherzustellen. Aus dem gleichen Grunde ist in diesen Ländern im allgemeinen weder ein freiwilliger noch ein erzwungener Konsumverzicht möglich, der nötig wäre, um aus Ersparnissen der breiten Massen der Bevölkerung die für den Aufbau industrieller Anlagen notwendigen Kapitalgüter aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Aber selbst wenn Energiequellen erschlossen und Industrieanlagen im größeren Umfange vorhanden wären, würde wegen der geringen Arbeitsproduk-

tivität in der Landwirtschaft die entsprechende Absatzmöglichkeit der Industrieprodukte fehlen.

In allen unterentwickelten Ländern, in denen sich die Menschen mit dem unerträglich niedrigen Nutzeffekt ihrer Arbeit in der Landwirtschaft abquälen müssen und wo eine Arbeitskraft gewöhnlich ungefähr 1½ bis 3 Menschen zu ernähren vermag (gegenüber 22 Menschen in den USA), ist deshalb der prozentuale Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen im Rahmen der Volkswirtschaft unverhältnismäßig hoch. (Vgl. nachstehende Tabelle!)

Verteilung der Erwerbstätigen nach wirtschaftlichen Sektoren in v. H.

| | Jahr | Primärer Sektor: | Sekundärer Sektor: | Tertiärer Sektor: |
|----------------|------|------------------|----------------------|-------------------|
| | | Landwirtschaft | Industrie-Produktion | Dienstleistungen |
| | | % | % | % |
| USA | 1950 | 13 | 37 | 50 |
| Bundesrepublik | 1954 | 21 | 46 | 33 |
| Indien | 1951 | 74 | 10 | 16 |
| Pakistan | 1951 | 79 | 8 | 13 |
| Thailand | 1947 | 86 | 2 | 12 |
| Türkei | 1950 | 86 | 7 | 7 |
| Brasilien | 1950 | 61 | 13 | 26 |
| Mexiko | 1950 | 61 | 17 | 22 |

Unter Berücksichtigung des überwiegenden Anteils der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft und der geringen Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft muß daher auch das Einkommen in den Zonen der Urarmut erschreckend klein sein.

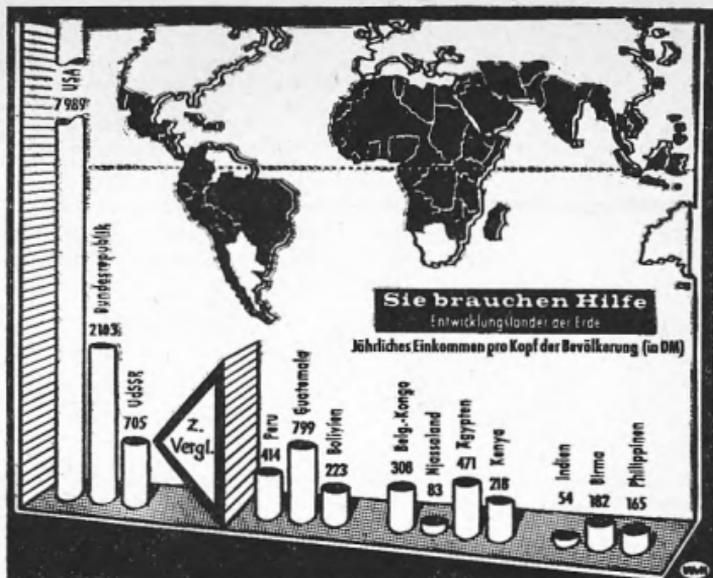
Die Geographie der Volkseinkommen

Fast identisch mit der Weltkarte des Hungers und der Unterernährung ist die Geographie der Volkseinkommen. Wo — wie in Indien — der Bauer noch hinter dem hölzernen Hakenpflug über den Acker gehen muß, um gerade sich selbst und seiner Familie die Reisschalen spärlich zu füllen, beträgt nach UN-Quellen das jährliche Einkommen je Kopf der Bevölkerung 54,— DM oder 4,50 DM im Monat. Bei soviel Armut und so wenig Volkseinkommen müssen natürlich auch die sanitären Einrichtungen sowie Bildung und Unterricht außerordentlich geringfügig sein. Die nachstehenden Zahlen über die Verhältnisse in einigen ausgewählten Ländern läßt erkennen, wie erschreckend rückständig das kulturelle Lebensniveau auch in dieser Beziehung gegenüber den Ländern der westlichen Welt ist.

| Stand: 1950 | Einwohner | Einwohner | Analphabeten i. v. H. der Einwohnerzahl |
|----------------|-----------|-------------------------|---|
| | je Arzt | je Krankenhaus- bett | |
| USA | 790 | 101 | — |
| Bundesrepublik | 740 | 95 | — |
| Ägypten | 3500 | 600 | 74,5 |
| Burma | 8400 | 10800 | 42,7 |
| Indien | 5500 | 3060 | 82,1 |
| Indonesien | 71000 | 1300 | *) |
| Pakistan | 15000 | *) | *) |
| Laos | 32000 | *) | *) |
| Viet-Nam | 61000 | *) | *) |
| Philippinen | *) | *) | 37,8 |
| Bolivien | 4000 | *) | 68,9 |
| Brasilien | 2500 | 310 | 51,4 |

*) = unbekannt — Quelle: R. Wagenführ, a.a.O.

Die erschreckende Armut spiegelt sich u. a. auch im Verbrauch an Textilien, Energie und Rohstahl wider. (Vgl. nachstehende Gegenüberstellung!)



Verbrauch an Textilien, Energie und Rohstahl je Kopf der Bevölkerung in ausgewählten Ländern der Welt. Stand: 1956.

| | Textilien kg | Energie in Stein- kohleneinheiten in t | Rohstahl kg |
|----------------|-----------------|--|----------------|
| USA | 16,00 | 8,58 | 600,00 |
| Bundesrepublik | 10,60 | 3,60 | 417,00 |
| Ägypten | 3,70 | 0,24 | 9,90 |
| Mexiko | 4,00 | 0,75 | *) |
| Brasilien | 4,50 | 0,39 | 26,00 |
| Chile | 4,60 | 0,99 | 56,00 |
| Kolumbien | 3,85 | *) | *) |
| Peru | 2,55 | *) | *) |
| Indien | 2,30 | 0,12 | 9,30 |
| Pakistan | 2,05 | 0,05 | 3,90 |
| Philippinen | *) | 0,19 | 14,30 |
| Burma | *) | 0,04 | *) |

*) = unbekannt — Quelle: R. Wagenführ a.a.O.

Unausgenutzte Energiequellen

Die vorstehenden Zahlen können im Grunde nicht überraschen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, in denen während der letzten Jahrzehnte von ausländischen Interessenten im gewissen Umfange Investitionen vorgenommen wurden, ist die Entwicklung, welche die Technik während der letzten 4000 Jahre genommen hat, in den Ländern der Urarmut nahezu spurlos vorübergegangen. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Landwirtschaft, sondern auch für die Wasser- und Energiewirtschaft, für den Häuserbau, für die industrielle und gewerbliche Produktion.

Noch heute ist z. B. in Syrien, Transjordanien, Ägypten, Persien, Pakistan, Indien und anderen Ländern die Treitmühle anzutreffen, die nach unserem Sprachgebrauch zum

Inbegriff des hoffnungslosen Eingespanntseins in Sklavenarbeit geworden ist: Drei verhungerte Menschen stehen in einem Lattengestell und treten stundenlang in die Pedale, um ein spärliches Rinnsal von Wasser aus einem benachbarten Graben auf ihren Acker zu heben, damit er bewässert wird und damit das ausgedorrte Land überhaupt noch die kärgliche Nahrung hergibt. Woanders werden zu dem gleichen Zweck — wie schon 2000 Jahre v. Chr. — nach Schöpfträder verwendet, die bei einem mitleiderregenden Nutzeffekt ein Liter Wasser 8—10 m heben. Wieder woanders werden hunderttausende Bewässerungsbrunnen mit Hilfe tierischer Kraft betrieben, indem ein beklagenswertes Zugtier Tag für Tag im engen Kreis um einen Göpel laufen muß.

Ebenso primitiv, wie die Wasserwirtschaft, ist der Häuserbau. Aus Mangel an Brennstoffen werden in vielen Ländern Asiens Ziegel aus ungebranntem Lehm verwendet, die nur an der Sonne getrocknet sind. Und wenn sich über Nacht ein Erdbeben ereignet, fallen die Häuser zusammen und begraben massenweise ihre Bewohner. Wie im alten Ägypten werden die Bretter von den Baumstämmen auch heute noch in mühseliger Arbeit mit einfachen Blattsägen allein durch Muskelkraft gesägt und selbst, wo wasserreiche Flüsse vorhanden sind, gibt es nicht einmal Sägemühlen.

Fast überall in den unterentwickelten Ländern beruht die zum Wirtschaften nötige Energie allein auf der schwachen Muskelkraft unterernährter Menschen und bedürfnisloser Tiere. Ungeachtet der technischen Entwicklung müssen dabei Werkzeuge und Instrumente benutzt werden, die um viele Jahrtausende veraltet sind. Und das alles geschieht in Ländern, in denen die größten Reserven an Wasser und Energie schlummern, wie am Nil, am Euphrat, am Tigris, an den Strömen Vorder- und Hinterindiens sowie Chinas. In weiten Teilen der von der Urarmut beherrschten Welt lagern außerdem riesige Reserven an Erzen, an Erdöl und Erdgas. Mächtige Stein- und Braunkohlenvorkommen sind unerschlossen geblieben; sie könnten überall dort als Wärme-, Heiz- und Energiequelle dienen, wo zum Heizen und Kochen getrockneter Kuhmist und zum Backen Getreidestoppeln verwendet werden, und wo als einzige Nutzenergie allein die Muskelkraft erbarmungswürdiger hungernder Menschen und Tiere im Gebrauch ist. Es ist eine Tragik ohnegleichen, daß selbst in Gegenden, in denen Kohlenvorkommen nicht allzuweit entfernt sind, die Kohle dennoch nicht genutzt werden kann, weil sie für die Bevölkerung schon allein wegen der hohen Transportkosten zu teuer ist. Soweit sich einige Bauern Indiens überhaupt den Luxus von Kohle erlauben, benutzen sie gewöhnlich Holzkohle, die auf den Rücken von Eseln mehrere Tagereisen entfernt herangeholt werden muß. Der indische Professor Bhabha hat errechnet, daß in Indien noch heute von dem Gesamtbedarf an Primärenergie nicht weniger als 75 v. H. durch Verbrennung von Kuhmist gedeckt werden. Nach seine Schätzung wurden im Jahre 1951 etwa 224 Mill t Kuhmist (Trockengewicht) als Brennstoff verbraucht, deren Heizwert mehr ausmacht als die gesamte Steinkohlenproduktion des Ruhrgebietes.

Verhinderte Wohlstandsentwicklung

Überall, wo die Menschen in solch unbeschreiblicher Primitivität vegetieren müssen, ist das Rad der technischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung seit Jahrtausenden stehen geblieben, weil die Grundherren den Weg zur Überwindung der sich im ewigen Kreislauf ständig erneuernden Urarmut von jeher mit bestialischer Brutalität versperrt haben. Wäre den Menschen dieser Länder die Möglichkeit gegeben worden, den ersten Schritt zur rationalen Bodenbearbeitung zu tun und den eisernen Pflug einzuführen, dann hätte der Übergang zu dieser ersten und untersten Stufe der Produktivitätsentwicklung eine ständige Wechselwirkung von progressiv zunehmender Kapitalbildung und stetig wachsender Technisierung ausgelöst. Dieser Prozeß hätte sich im Laufe der Zeit auch auf alle übrigen Sektoren der Wirtschaft fortpflanzen und in spiralförmiger Aufwärtsbewegung den unaufhaltsamen technischen und ökonomischen Fortschritt nach sich ziehen können, der sich heute überall in der westlichen Welt darbietet.

Der Welthunger hätte schon seit vielen Generationen überwunden sein können, zumal die zum Teil überaus nährstoffreichen Böden in den unermeßlich weiten Gebieten der unterentwickelten Länder bei einer nach modernen agrarwissenschaftlichen Erkenntnissen betriebenen Landbewirtschaftung nicht nur völlig ausreichend wären, sondern weitgehend auch zur Ernährung der übrigen Weltbevölkerung beitragen könnten.

Wäre der Ring der Urarmut in der Vergangenheit rechtzeitig durchbrochen worden, dann wären — wie in den westlichen Ländern — schon längst die Voraussetzungen für

den allgemeinen weiteren Übergang der Landwirtschaft vom eisernen Pflug zum Traktor oder gar zum Riesentraktor gegeben. Aus den Überschüssen der durch den technischen Fortschritt unaufhaltsam zunehmenden Arbeitsproduktivität auf allen Sektoren der Gütererzeugung hätte sich im Rahmen der Volkswirtschaft u. a. schon längst die Kapitalbildung ermöglichen lassen, die erforderlich wäre, um ohne fremde Beteiligung die mächtigen Ströme Asiens und Afrikas zu bändigen und zu regulieren und sie zur Bewässerung des Bodens sowie zur Gewinnung ungeahnter Mengen hydroelektrischer Kraft zu nutzen. In den entferntesten Gegenden hätte schon ein modernes, enges Verkehrsnetz erstehen können. Erz-, Kohle-, Erdöl- und Erdgasvorkommen könnten schon längst restlos erschlossen sein. Hochöfen, Elektrizitätswerke und unzählige Industriewerke der Schwerindustrie, der Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterindustrie hätten längst aufgebaut sein können; mindestens 30 bis 40% der Erwerbstätigen, die nach Technisierung der Landwirtschaft überflüssig geworden wären, könnten dort tätig sein. Schulen, Bildungsstätten und Universitäten in reicher Zahl hätten vorhanden sein und das Analphabetentum hätte längst beseitigt sein können. Ja, die heute noch in härtester Arbeitsfron dahingeatmeten Menschen der unterentwickelten Länder hätten schon lange teilhaben können an den reichen Früchten der Zivilisation, der geistigen und kulturellen Höherentwicklung und dem relativen Wohlstand unseres Jahrhunderts, wenn es ihnen schon vor Zeiten gelungen wäre, den Teufelskreis der Urarmut zu durchbrechen und die erpresserischen Feudalherren davonzuzeigen.

Hilfe — für wen?

In jüngster Zeit ist eine Reihe von Völkern unterentwickelter Länder dem zusätzlichen Joch der jahrhundertewährenden Kolonialherrschaft entronnen. Ihre Regierungen wurden unabhängig, und ihre geistigen und politischen Führer wurden selbstbewußt. Mit offenen Augen und stillem Argwohn beobachten sie, wie die beiden großen Machtblöcke der Welt eifersüchtig um die Gunst der unterentwickelten Länder werben, um sie in ihre politische und ökonomische Interessensphäre zu verstricken und hinüberzuziehen. Hier: der kommunistische Block des Ostens; dort: die geschlossene Machtgruppe des kapitalistischen Westens. In dieser heiklen Situation stehen die Regierungen der unterentwickelten Länder vor einer ernsten und entscheidenden Frage: Sollen sie den Verlockungen der beiden konkurrierenden Machtblöcke widerstehen und versuchen, sich aus eigener Kraft aus dem säkularen Lebensniveau der Urarmut herauszuarbeiten? Oder sollen sie sich der Hilfe des einen oder des anderen bedienen? Sie wissen sehr wohl: Eine Entscheidung für die Hilfe des Ostens birgt die potentielle Gefahr einer gewaltsamen Einbeziehung in den politischen Machtbereich des Kommunismus in sich. Die Entgegennahme finanzieller Unterstützung von dieser Seite muß unter Umständen mit einem Verlust der erst jüngst zurückgewonnenen wirtschaftlichen und geistigen Freiheit erkaufte werden. Aber ebenso argwöhnisch beurteilen sie die Hilfsangebote des kapitalistischen Westens, insbesondere jener europäischen Länder, die in den zurückliegenden Jahrhunderten erbarmungslosesten Sklavenhandel betrieben oder geduldet haben. Nach wie vor bleibt unvergessen, daß ungezählte Millionen Männer, Frauen und Kinder als Handelsware verschachtet und daß viele von ihnen schon auf den Transporten elendiglich zugrunde gingen. Noch bis in die jüngste Vergangenheit wurden die Eingeborenen der unterentwickelten Länder in schöner Profitsucht von den Vertretern kapitalistischer Unternehmer in Bergwerke und Großfarmen getrieben und zu niedrigsten Hungerlöhnen schandbar ausgenutzt. Das alles ist noch nicht vergessen. Umso mehr wird deshalb das berechtigte Mißtrauen der inzwischen politisch freigewordenen Völker durch die Komödie genährt, die sich heute vor den Augen aller Welt in den westlichen Gefilden abspielt: Obwohl Welthunger und Urarmut nicht erst seit gestern und heute, sondern seit unendlichen Zeiten bestehen, wurde diese Tatsache bisher in den Ländern des Westens ignoriert und so gut wie totgeschwiegen. Die westliche Presse beschäftigte sich mit allem Möglichen und Unmöglichen, mit banalsten Ereignissen aus Fürstenhäusern und Film, mit Tratsch und Klatsch aus aller Welt, aber nicht mit dem Schicksal der hungernden Völker. Vor zwei Jahren brach in der Öffentlichkeit des Westens ein Sturm der Entrüstung und rührseligen Mitleids aus, als der Hund Laika im russischen Sputnik sein Leben lassen mußte, und hunderttausende westlicher Frauen weinten darum. Aber keine einzige Träne wurde bis dahin aus christlichem Mitgefühl in Europa oder in den USA vergossen, weil Jahr für Jahr 30 bis 40 Millionen Menschen in den unterentwickelten Ländern sterben müssen. Nicht eine Hand

rührte sich bisher, um zu helfen. Erst in allerneuester Zeit, namentlich seit dem Besuch Chruschtschows bei Eisenhower, flutet plötzlich Welle auf Welle wohlorganisierten öffentlichen Mitleids und rührenden Bedauerns über das Schicksal der vom Welthunger betroffenen Völker über die Länder des Westens. Rundfunk, Fernsehen und Presse überschlagen sich fast täglich in Berichten über das Los der Unglücklichen in den fernen Ländern Asiens und Afrikas. Bücher werden in wachsender Zahl geschrieben, die sich mit einem Male mit dem Weltproblem Nr. 1 beschäftigen. Tränenrüssen werden in Bewegung gesetzt, und überall ruft man mit Vehemenz und rührseliger Wehleidigkeit:

Der Westen muß helfen! Selbst die Kirchen begannen damit, eine Spendenaktion zu starten, obwohl deren Erträge nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein werden. Die Weltbank befaßte sich gleich nach dem Chruschtschow-Besuch vorrangig mit der Finanzierung der „Hilfe“. Regierungsmitglieder, Bankiers und Industrielle aller westlichen Länder sind fortlaufend auf Good Will-Reisen in die hilfsbedürftigen Gebiete unterwegs. Der ganze so lautstarke Rummel mutet an, als ob erst gestern oder vorgestern eine Naturkatastrophe ausgebrochen wäre, die es zu bekämpfen gelte, und doch spielt sich diese Katastrophe schon seit Jahrhunderten ab, ohne daß sie bisher in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden wäre.

Der übertriebene Eifer, mit dem die westlichen Hilfsprogramme betrieben werden, spiegelt erbärmlichste Heuchelei wider. Die westlichen Machthaber mit ihren kapitalistischen Hintermännern wollen nicht helfen aus Erbarmen, aus Mitleid und um der Hilfe selbst willen, sondern aus eiskalter Berechnung. Es geht für sie darum, sich mit dieser „Hilfe“ gleichzeitig selbst zu helfen und die politischen und ökonomischen Bedrängnisse zu überwinden, die dem kapitalistischen System im Widerstreit mit dem östlichen Machtblock drohen. Es verlohnt sich deshalb, die wahren Hintergründe aufzuhellen, die sich in Wahrheit hinter der westlichen Devise „Hilfe für die Entwicklungsländer“ verbergen.

II. Hilfe aus eigener Kraft?

In den vielen Untersuchungen, die sich in jüngster Zeit mit den Möglichkeiten einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur in den unterentwickelten Ländern befaßt haben, stand die Frage einer potentiellen Selbsthilfe stets außerhalb jeder Diskussion. Das ist verständlich, denn für die westlichen Interessenten sind Erörterungen hierüber nicht opportun, weil damit zugleich an der Kernfrage, d. h. an dem Bodenproblem, gerührt werden müßte. Das aber würde wiederum zur Folge haben, daß gegen die in den unterentwickelten Ländern herrschenden Oberschichten Stellung genommen werden müßte, mit denen der kapitalistische Westen bis dahin in vorteilhaftester Weise eng zusammengearbeitet hat und sicher auch weiterhin liebt bleiben möchte.

Bei einer kritischen Durchleuchtung der Sachlage würde sich indessen unzweifelhaft ergeben, daß eine rationale Regelung der Bodenfrage durchaus Chancen für einen Ausweg aus der derzeitigen Situation in sich birgt. Eine vernünftige Bodenreform, die der unerträglichen Ausbeutung der Landpächter ein Ende setzt, würde zugleich die Initialzündung für eine allgemeine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung aus eigener Kraft und ohne ausländische Hilfe auslösen können. Obwohl die meisten Grundherren wegen ihrer seitherigen rigorosen und nahezu unmenschlichen Haltung gegenüber den Pachtbauern eigentlich keine besondere Rücksichtnahme verdienen mögen, brauchte eine solche Bodenreform keineswegs im Rahmen einer entschädigungslosen Enteignung, wie sie von den Kommunisten praktiziert wird, durchgeführt zu werden; sie könnte sich mit vollem Erfolg durchaus unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien vollziehen. In diesem Falle müßte der Boden im Sinne der Vorschläge Silvio Gesells vom Staat oder von den Gemeinden gegen eine angemessene Entschädigung angekauft und — nach Aufteilung des Großgrundbesitzes in möglichst optimal große Bauernstellen — meistbietend an diejenigen, die ihn selbst nutzen wollen, langfristig verpachtet werden, wobei den bisherigen Pächtern ein Vorpachtrecht einzuräumen wäre.

Natürlich wäre es nicht gerechtfertigt, die an die bisherigen Grundeigentümer zu zahlenden Entschädigungen etwa nach den kapitalisierten Pachten zu bemessen, die die Bauern seither an die Grundherren abführen mußten. Die Pachten, die in den unterentwickelten Ländern erhoben werden, sind nämlich in der Regel nicht aufgrund der Marktlage oder der dem erzielbaren Reinertrag entsprechenden Grundrente frei ausgehandelt worden. Sie wurden vielmehr im allgemeinen von den Grundherren unter Anwendung

wirtschaftlicher und sozialer Pressionen einseitig festgesetzt und teils auch unter Benutzung der ihnen vom Staat verliehenen Hoheitsrechte als Steuern deklariert. Die auf diese Weise zustande gekommenen Pachten liegen daher durchweg um ein Vielfaches über den Pachten, die sich bei freier Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der der Bodenqualität entsprechenden Reinerträge (Grundrenten) ergeben würden. Die vom Staat an die bisherigen Grundeigentümer zu entrichtenden Entschädigungen könnten deshalb auch nicht auf der Basis der überhöhen, von den Grundherren erpreßten Pachten, sondern lediglich von den volkswirtschaftlich gegebenen Grundrenten berechnet werden.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in vielen westlichen Ländern, in denen ein bedeutender Teil der Bevölkerung selbst eng mit dem Bodeneigentum verbunden ist, dürfte eine solche mit demokratischen Mitteln und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze zur Durchführung kommende Bodenreform unter normalen Umständen weder politischen noch ernsthaften psychologischen Widerständen begegnen, da sich der Boden hier gewöhnlich nur in den Händen einer zahlenmäßig unbedeutenden Oberschicht befindet. Eine Bodenreform dieser Art würde im Gegenteil von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Anbruch eines neuen Zeitalters der sozialen Gerechtigkeit empfunden werden, da sie die Ausbeutung durch das Bodeneigentum für alle Zeiten ausschließt. Die Pachten würden dann durchweg auf einen verschwindend kleinen Teil des bisherigen Pachtzinses zusammenschrumpfen und zunächst zur Tilgung der an die ehemaligen Grundeigentümer zu leistenden Entschädigungszahlungen, später zu Gunsten der Allgemeinheit verwendet werden können.

Vor allem wäre mit einer solchen Bodenreform der Bann der auf der Landwirtschaft ruhenden Urarmut endlich gebrochen. Die sehr bedeutenden Ersparnisse an Pachtzins würden nunmehr endlich den Übergang zum eisernen Pflug und damit zu besserer und rationellerer Bodenbewirtschaftung mit weitaus größeren Ernten ermöglichen. Bei höheren Reinerträgen und zunehmenden Ersparnissen könnten wiederum weitere Investitionen vorgenommen werden, und bei Einsatz gleicher Arbeitskraft könnten größere Bodenflächen als bisher noch schneller und besser bewirtschaftet werden. Noch größere Ernten wären erzielbar. Überall könnte leistungsfähigeres Saatgut beschafft und der Boden, wo es nötig ist, bewässert und reichlich mit Pflanzennährstoffen versorgt werden. Die Auswirkungen der Bodenreform würden jedenfalls in den Dörfern der unterentwickelten Länder eine lautlose agrarwirtschaftliche Revolution herbeiführen. Eines Tages wäre schließlich auch der Übergang vom eisernen Pflug zum modernen Traktor möglich und das erstrebenswerte Ziel höchstmöglicher Intensivierung, Mechanisierung und Rationalisierung erreichbar.

Zugleich mit einem solchen Aufschwung in der Landwirtschaft ergäbe sich die verlockende Perspektive, daß mit ständig zunehmender Kapitalbildung im primären Sektor der Landwirtschaft nun auch ohne ausländische Finanzhilfe der Aufbau einer modernen Industrie eingeleitet werden könnte. Unter Ausnutzung aller technologischen und sonstigen wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit könnten die vielen Entwicklungsstufen übersprungen werden, die in den modernen Ländern der Welt während der zurückliegenden Jahrtausende und insbesondere in den letzten Jahrzehnten durchlaufen wurden.

Voraussetzung für die technische und wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesen Ausmaßen wäre natürlich zunächst die restlose Beseitigung des Analphabetentums, die Errichtung hinreichender Bildungsstätten und die Heranbildung einer geistigen Elite, die den Prozeß der geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung entschlossen vorantreibt. Eines Tages würde dann schließlich der Wunschtraum der Menschen in den rückständigen Gebieten der Welt erfüllt werden, wenigstens einigermaßen an den Lebensstandard heranzureichen, der in den modernen Ländern üblich ist.

Aber bis dahin wäre noch ein sehr weiter, dorniger und mühevoller Weg zu durchschreiten, der die Anspannung aller psychischen und physischen Kräfte des Volkes erfordern würde. Vor allem müßten in den Ländern, die ihre Souveränität wiedererlangt haben, zunächst einmal die Voraussetzungen für eine echte Demokratie geschaffen werden, in der eine Bodenreform in der geschilderten Form auf parlamentarischem Wege durchgesetzt werden könnte. Das ist indessen nicht so einfach. Selbst dort, wo die Feudalherren dem politischen Druck nachgaben und insbesondere aus Furcht vor der Ausbreitung der kommunistischen Ideologie die Begründung einer parlamentarischen Demokratie zugelassen haben, sind außerordentlich große Widerstände zu überwinden, die einer vernünftigen Regelung der Bodenfrage entgegenstehen. Die feudalistischen Cliquen ver-

suchen überall, die Stimmen der von ihnen abhängigen Landarbeiter und Pächter unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Vormachtstellung einzufangen, wobei ihnen — wie es z. Zt. in Pakistan in krasser Form geschieht — die erschreckende Primitivität dieser deklassierten unteren Schichten sehr zugute kommt.

Die Brücke zum Wähler ist in der Demokratie das gedruckte Wort. Diese Brücke aber fehlt, wenn für 80% oder 90% der Bevölkerung eine Zeitung noch ein Buch mit sieben Siegeln ist und wenn diejenigen, die die Demokratie als Instrument zu ihrer Befreiung von der wirtschaftlichen Ausbeutung durch den Großgrundbesitz nutzen könnten, noch zu den Analphabeten gehören. Hinzu kommt noch, daß Landarbeiter und Bauern selbst kaum in die Parlamente gelangen, weil es keine der Wählergruppen wagt, freiwillig Kandidaten aus dieser untersten, mißachteten gesellschaftlichen Schicht für die Wahl ins Parlament aufzustellen.

Um nach außen hin überhaupt aus dieser niederen Gesellschaftsklasse sowie aus dem Personenkreis der Frauen und der sonstigen deklassierten Elemente Abgeordnete für das Parlament zu gewinnen und um den Anschein einer wirklichen Demokratie zu wahren, hat man jetzt in Pakistan vor, nur 50% der Abgeordneten wählen zu lassen und die übrigen einfach aus den untersten Bevölkerungsklassen zu ernennen. Staatspräsident Ajuhahn nennt dieses Verfahren Elementardemokratie, aber man kann sich unschwer vorstellen, daß hierbei vornehmlich solche Elemente ausgewählt werden, die den Grundherren ungefährlich erscheinen. Parlamentarier dieser Art werden es überdies wegen der u. U. zu erwartenden Nachteile nicht wagen, die Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes uneingeschränkt zu vertreten. So oder ähnlich sieht es auch in vielen anderen unterentwickelten Ländern aus.

Die indische Bodenreform

Ein Musterbeispiel dafür, wie der gesunde Gedanke einer zweckentsprechenden Bodenreform unter diesen besonderen Umständen selbst in Indien unter der fortschrittlichen Regierung Nehrus verwässert und verfälscht worden ist, hat sich in jüngster Zeit gezeigt. Nach Erlangung der Unabhängigkeit gehörte die Hälfte des indischen Bodens den Großgrundbesitzern, die nur 4% der Bevölkerung ausmachen. Lediglich 16% der Anbauflächen entfielen auf $\frac{1}{4}$ der Landbevölkerung, von welcher $\frac{1}{4}$ überhaupt kein Land besaß.

Man unterschied in Indien früher zwischen zwei Arten von Grundbesitz: dem Zamindari- und dem Rayotwari-System. Die Zamindari waren ursprünglich Steuerpächter und ließen einen Teil des Landes durch Landarbeiter bebauen, während sie den überwiegenden Teil des Landes an Pächter und Unterpächter vergaben. Für dieses Dauerpachtland hatten die Zamindari der Regierung eine Steuer zu zahlen, die für alle Zeiten unveränderlich festgelegt war. Von den Pächtern erpreßten die Steuerpächter ihrerzeit jedoch außerordentlich hohe Abgaben, die weit über der von ihnen selbst zu leistenden Steuer lagen und nach und nach immer weiter gesteigert wurden. Diese Oberschicht der Steuerpächter, die mit dem ihm verliehenen Privileg ungläublichen Wucher trieb, wurden von den Engländern während ihrer Herrschaft in Indien mit einem einzigen Federstrich zu Grundeigentümern gemacht. Millionen von Bauern sind dadurch um das Besitzrecht an ihrem Boden gebracht worden.

Auch im System der Rayotwari bestanden ähnliche Verhältnisse. Der von ihnen erhobene Pachtzins wurde ständig erhöht und in den engerbesiedelten Gebieten bis auf $\frac{2}{3}$ der Bruttoerträge gesteigert. Die Grundherren wurden märchenhaft reich, während für die Bauern nach Leistung der Pacht vom Ertrag ihrer Arbeit meist so wenig übrig blieb, daß es nur für zwei Mahlzeiten ausreichte.

Es hätte wahrlich nahegelegen, nach Abzug der Briten und Erlangung der Unabhängigkeit dieses schreiende Unrecht schnellstens zu beseitigen und eine sinnvolle Bodenreform durchzuführen, die für alle Zukunft Wucher und Ausbeutung beseitigt und vor allem den gesamten Boden, insbesondere den Großgrundbesitz, in der oben vorgeschlagenen Weise in die Hände des Staates überführt. Die indische Regierung vermochte sich jedoch von dem in der westlichen kapitalistischen Welt vorherrschenden unbeschränkten Eigentumsbegriff am Grund und Boden nicht zu lösen, obwohl die Vergangenheit in tragischer Weise gerade in Indien offenbar werden ließ, daß dieses Recht unter Ausnutzung des in ihm ruhenden Monopols zum Instrument unersättlichen Wachstums

und rücksichtslosester Ausplünderung der untersten Klassen des Volkes geworden war, und daß die Wurzeln der Urarmut von jeher im privaten Eigentumsrecht am Boden begründet lagen.

Schon aus religiösen und ethischen Erwägungen hätte in Indien der Boden, den Gott allen Menschen und nicht nur den Großgrundbesitzern treuhänderisch übergeben hat, jetzt endlich aus dem Eigentumsrecht und der uneingeschränkten Verfügung Einzelner herausgelöst und in die Verwaltung und Nutznießung der Allgemeinheit überführt werden müssen.

Die Gelegenheit, diese entscheidenden Schritte zu tun, ist indessen nicht wahrgenommen worden. Die indische Bodenreform sieht neben der Ausschaltung der Zwischenpächter und außer Maßnahmen zur Reduzierung der Pachten sowie der Begründung von Dauerpachtrechten für die Pächter, lediglich die Förderung des Eigentums-erwerbs zugunsten der Pächter vor. Der Großgrundbesitz wurde zur Landabgabe veranlaßt, und es wurden Höchstgrenzen für das Eigentum am Grund und Boden festgesetzt. Aber eine solche Teilung des Großgrundbesitzes und die bloße Möglichkeit des Erwerbs von Boden durch die Pächter läßt das Privateigentum am Grund und Boden und das damit verbundene private Monopol weiterhin unangetastet, obwohl dieses Recht in der Vergangenheit alles Unglück über das Land gebracht hat. Solange jedenfalls der Boden privaten Eigentümern gehört und von diesen, wie jede Handelsware, frei verkauft werden darf, kann sich das neue Verteilungsverhältnis durch politische und wirtschaftliche Verhältnisse später wieder verschieben und möglicherweise erneut verhängnisvolle Folgen für das indische Volk nach sich ziehen.

Die praktische Durchführung selbst dieser im Grunde sehr mangelhaften Bodenreform stößt allenthalben auf Schwierigkeiten. Die Zwischenpächter, die ebenfalls entschädigt werden, verstanden es eine Zeitlang, durch die Maschen der Gesetze zu schlüpfen; ehe sie ganz ausgeschaltet werden konnten, mußten in einigen Staaten erst mehrere Male die Gesetze geändert werden. Die Pachtzinsen wurden zwar reduziert, aber sie betragen mit Duldung der Regierung immerhin noch $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ des Bruttoertrages. Die Entschädigungen für die Landabgaben wurden durchweg auf ein Vielfaches des Nettoeinkommens aus dem Boden festgesetzt und sind im allgemeinen eher zu hoch als zu niedrig bemessen worden. Die zur Überführung des Bodeneigentums von den Großgrundbesitzern auf die Pächter nötigen Maßnahmen wurden bisher zum Teil sabotiert oder hinausgezögert. Die Grundherren versuchten sie häufig zu hintertreiben, indem sie die Pächter nötigten, Gesuche vorzulegen, nach denen diese auf ihre Erwerbsrechte verzichten. In anderen Fällen wurden angebliche freiwillige Abtretungen der Erwerbsrechte und unrechtmäßige Übertragungen von Eigentumsrechten zu Gunsten der Großgrundbesitzer aufgedeckt.

Um die Durchführung der Bodenreform endlich voranzutreiben, wurde schließlich im 2. Fünfjahresplan vorgesehen, daß alle Pächter der durch Begrenzung des Großgrundbesitzes freiwerdenden Flächen unmittelbar dem Staat unterstellt werden und daß jeder Staat ein Programm zur Umwandlung der Pächter in Eigentümer durchführt. Dabei soll vorgesehen werden, daß die Entschädigung von den Erwerbern in jährlichen Raten gezahlt wird; die Teilzahlungen sollen jedoch einen bestimmten Prozentsatz des Bruttoertrages nicht überschreiten. Trotzdem werden die jährlichen Belastungen für die Erwerber so hoch sein, daß sie auch vorläufig nicht daran denken können, die unerlässlich notwendigen Investitionen für die rationellere Landbewirtschaftung aufzuwenden und die Ernteerträge spürbar zu erhöhen.

Ministerpräsident Nehru scheint die durch die Mängel der Bodenreform zu erwartende Verschleppung der Produktionssteigerung in der Agrarwirtschaft dadurch wettmachen zu wollen, daß er sich in neuerer Zeit wärmstens für eine Kollektivisierung im landwirtschaftlichen Sektor eingesetzt hat und diese auch zur offiziellen Politik der Kongreßpartei machen will. Dieser bedenkliche Kurswechsel wird jedoch nicht die erwarteten Früchte tragen, es sei denn, — was nicht ausgeschlossen erscheint — daß sie mit Hilfe staatlicher Subventionen oder unter Verwendung ausländischen Kapitals durch entsprechende Investitionen gefördert wird und daß deren Auswirkungen dann als Erfolg der Kollektivisierung hingestellt werden.

Im Unterschied zu der im Gange befindlichen offiziellen Bodenreform sind die Bestrebungen recht erfreulich, die von der von Vinoba Bhave geleiteten Bhoodan-

Bewegung ausgehen. Diese Bewegung will die Gesellschaft nach dem Ideal des Sarvodaya umformen und sich dafür einsetzen, daß die großen und kleinen Grundherren einen Teil ihres Landes zugunsten der Besitzlosen freiwillig an die Dorfgemeinde abtreten. Die Bewegung hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, eine Schenkung ganzer Dörfer zu erreichen. Alles durch Geschenk eingebrachte Land soll — ebenso wie es Silvio Gesell vorgeschlagen hat — der Gemeinschaft gehören, wobei alle Dorfbewohner Mitglied einer einzigen großen Familie werden sollen.

Der Bewegung wurden bis Ende 1957 bereits über 1 Mill. Hektar Land und 3703 Dörfer geschenkt. Das ist gewiß eine gewaltige Leistung. Leider aber bleibt diese auf ethischen Prinzipien beruhende echte Bodenreform — bezogen auf die gesamte Bodenfläche Indiens — doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ein anderes Beispiel: Persiens Bodenreform

Während die bodenreformerischen Bestrebungen des demokratischen Indiens wenigstens noch das ehrliche Bemühen der Regierung erkennen lassen, den Bodenwucher und die Ausbeutung durch den Großgrundbesitz ernsthaft auszumerzen, sind die lediglich aus Furcht vor der möglichen kommunistischen Infiltration in Aussicht genommenen bodenreformerischen Maßnahmen in denjenigen Ländern, in denen auch politisch noch das mittelalterliche Feudalsystem herrscht, kaum wirklich ernst zu nehmen. Typisch dafür sind u. a. die Verhältnisse in Persien, wo demnächst durch ein Gesetz über eine Landreform eine einschneidende Verringerung des Besitzes der Grundherren auf höchstens 200 Hektar bewirtschaftetes Land, 100 Hektar Weideland und 600 Hektar unkultiviertes trockenes Land durchgeführt werden soll.

Während in Indien die Höchstgrenze für den künftigen Grundbesitz je nach den Bestimmungen der einzelnen Staaten auf 5 bis 108 Hektar festgelegt wurden, sollen in Persien im ganzen bis zu 900 Hektar in den Händen jedes Grundherren belassen bleiben. Von den oft zitierten „1000 Familien“, denen zurzeit praktisch noch der Boden ganz Persiens gehört, verfügt jede einzelne über privaten Grundbesitz in der Größenordnung der Schweiz oder Belgiens. Viele von ihnen kennen persönlich nur einen Bruchteil der vielen hunderte von Dörfern, die sie und ihre Vorfahren im Laufe der Jahrhunderte zusammengerafft haben. Die Bauern, die das Land der Grundherren bearbeiten, leben noch heute in einer gemilderten Art von Leibeigenschaft und wurden — wie das in den meisten der unterentwickelten Länder üblich ist — bewußt in Unwissenheit und unbedingter Abhängigkeit gelassen.

Der Schah, der seit langem um die Erhaltung seines Thrones bangt, ist als einer der größten Grundbesitzer schon vor einigen Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen: Er hat einen erheblichen Teil seines Landbesitzes verteilt, ohne daß ihm allerdings die übrigen Grundherren freiwillig gefolgt wären. An sich scheinen zwar die Großgrundbesitzer Persiens eingesehen zu haben, daß sie das bisherige System nicht mehr auf die Dauer halten können und daß es richtiger ist, noch rechtzeitig nachzugeben, als sonst eines Tages alles zu verlieren.

Darüber hinaus ist die persische Regierung bestrebt, gegenüber den Westmächten zu beweisen, daß sie durchaus bereit ist, das von diesen aus politischen Gründen erwünschte notwendige Maß sozialen Fortschritts zuzulassen, um von ihnen weitere Unterstützungen zu erlangen. Andererseits bemühen sich verschiedene Grundherren schon jetzt, der geplanten Landreform sich dadurch zu entziehen, daß sie ihren Besitz pro forma unter ihre zahlreichen Verwandten aufteilen, so daß bei der späteren Überprüfung der Besitzgrößen nichts mehr für die Abgabe an die Bodenreform verbleibt.

Im übrigen sind die Bestimmungen des Landreform-Gesetzes so gehalten, daß der beabsichtigte Erfolg der sozialen Besserstellung der Bauern von vornherein in Frage gestellt ist. Die Regierung soll das zur Verteilung bestimmte Land nach seinem Taxwert aufkaufen und es innerhalb von 15 Jahren zuzüglich 3% Zins bezahlen. Die neuen Eigentümer sollen den Kaufpreis mit einer Verzinsung von 4% innerhalb des gleichen Zeitraumes von 15 Jahren abzahlen. Die Neubauern sollen sich aber außerdem verpflichten, ihr Land innerhalb von fünf Jahren zu kultivieren und gleichzeitig die dazu notwendigen Geräte anzuschaffen. Diese Belastung ist praktisch für die Bauern untragbar, denn Tilgung, Verzinsung und Geräteanschaffung würde in der Regel so hohe Aus-

gaben erfordern, daß zum Leben für die Familien kaum noch etwas verbleibt und erst recht nicht zu erwarten wäre, daß sich das soziale Lebensniveau verbessert.

Die Ungeduld der freigewordenen Völker

Alle Bemühungen um eine auf rechtsstaatlicher Basis beruhende grundlegende Änderung des Bodenrechts werden nicht nur in Indien und Persien, sondern vermutlich auch in allen anderen unterentwickelten Ländern scheitern. Wo sich die breiten Massen der besitzlosen Bauern, wie z. B. in China, gegen die Unterdrückungsmacht der Großgrundbesitzer aufgelehnt und in blutigen Auseinandersetzungen den Sieg errungen haben, ist das Land gewöhnlich in den Sog der kommunistischen Ideologie geraten. Die Feudalherren wurden davongejagt und das Land konfisziert. Wo dagegen das Bodeneigentum den Grundherren auf legalem Wege durch ein vom Parlament beschlossenes Gesetz gegen angemessene Entschädigung entzogen und in die Hände der Gesellschaft überführt werden soll, wagen es die in Unwissenheit und wirtschaftlicher Abhängigkeit gehaltenen Bauern und Landarbeiter nicht, ihre eigenen Interessen offen zu vertreten, so daß es trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit kaum in absehbarer Zeit gelingen dürfte, ein solches Ziel zu erreichen.

Die Hoffnung, daß es in irgendeinem der unterentwickelten Länder in naher Zukunft glücken sollte, durch Aufhebung des privaten Bodenrechts die Grundlage für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu schaffen, erscheint daher außerordentlich gering.

Aber selbst wenn es in einem demokratisch regierten Land tatsächlich dazu kommen sollte, wäre es fraglich, ob man dort trotz aller Reminiszenzen und aller Ressentiments gegenüber dem kapitalistischen Westen und trotz aller Abneigung gegenüber dem kommunistischen Osten den verlockenden Angeboten auf eine Wirtschaftshilfe widerstehen würde.

Im überschäumenden Nationalgefühl, das die freigewordenen Völker nach ihrer Entlassung aus dem Kolonialsystem ergriffen hat, werden vielmehr überall sehnhelbst recht bald sichtbare Zeichen des sozialen Aufstiegs erwartet. Es mangelt daher an jener geduldhafte Selbstgenügsamkeit, die unbedingt nötig wäre, um die relativ sehr lange Zeitspanne abzuwarten, die ein ökonomischer und technischer Entwicklungsprozeß vom hölzernen Pflug bis zum Atomreaktor erfordern würde, der nur auf eigener Kraft beruht. Denn dieser Prozeß würde sich nur allmählich anbahnen können, und er würde sich unzweifelhaft auf eine weit längere Zeit erstrecken müssen, als es bei Inanspruchnahme ausländischer Wirtschafts- und Finanzhilfe der Fall wäre.

Die freigewordenen Völker wollen aber nicht mehr lange warten; sie wollen sich aus ihrer jetzigen sozialen Situation schnellstens herausgehoben sehen. Sie möchten am liebsten schon morgen oder übermorgen ihre Agrarwirtschaft auf die höchste Stufe der Produktivität bringen und die Zwischenstufen bis zur Motorisierung überspringen. Ohne entsprechenden realen Hintergrund, und obwohl sie selbst nicht über einen Bruchteil des erforderlichen Investitionskapitals verfügen, drängen sie auf die Erfüllung ihrer seit langem gehegten Wunschräume.

Hier oder dort sollen möglichst bald Stauwerke errichtet werden, die ihre Ströme regulieren, die das trockene Land bewässern, kultivieren und Energiequellen erschließen. Bergwerke, Hochöfen, Stahlwerke und Industriebetriebe aller Art sollen nach ihrem Wunsch möglichst rasch aus der Erde gestampft werden. Straßen und Verkehrslinien sollen durch das Land gezogen werden. Schulen und Universitäten sollen aufgebaut und in Betrieb genommen werden. Sie möchten, daß die Industrialisierung des Landes die brachliegende Arbeitskraft und namentlich die durch die Rationalisierung der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeiter baldigst in den Produktionsprozeß eingliedert.

Und schließlich ist es ihr heißester Wunsch, daß sich das Sozialprodukt schnell und sichtbar vermehrt und daß der Lebensstandard des Volkes in nicht allzu langer Zeit wesentlich angehoben wird.

Mit wachen Augen und mit großer Spannung wird deshalb gegenwärtig in vielen unterentwickelten Ländern die Entwicklung des wirtschaftlichen Aufstiegs verfolgt, die sich z. Zt. im Wettlauf zwischen den beiden größten Ländern Asiens, nämlich in China und Indien, vollzieht, um daran zu erkennen, ob ein totalitäres kommunistisches System oder eine vorwiegend mit westlicher Finanzhilfe und nach kapitalistischen Prin-

zipten arbeitende freiheitliche Demokratie größere und raschere Leistungserfolge zu erzielen vermag.

Die jahrzehntelange Propaganda der westlichen Welt, die die Fortschritte des Ostens ständig bagatellisiert und verniedlicht hat, ist jedenfalls inzwischen in den meisten unterentwickelten Ländern unglaubwürdig geworden. Bei einer kritischen Würdigung der Produktivitätsentwicklung wird dort nicht übersehen, daß sich insbesondere in Rußland, das vor vielen Jahrzehnten selbst noch zu den unterentwickelten Ländern gehörte, seit der Machteroberung durch die Kommunisten ein geradezu gigantischer Aufbau vollzogen werden. Auch der verbissene Aufbauwille und die immerhin beachtlichen Erfolge auf dem Wege zur Produktivitätssteigerung, die in China nach zehn Jahren kommunistischer Herrschaft zu verzeichnen sind, werden mit zunehmender Aufmerksamkeit und mit einer gewissen Bewunderung verfolgt.

Der Westen kann deshalb heute nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, mit der unüberbietbaren Größe seines wirtschaftlichen Potentials, mit der überwältigenden Überlegenheit seiner Produktivität und seinen technischen Leistungserfolgen renommieren. Er hat als besonderen Vorzug gegenüber dem Zwangssystem des Ostens eigentlich nur noch seine freiheitlichere Ordnung anzubieten. Dieser Vorzug wird zwar in den unterentwickelten Ländern nicht übersehen, denn schließlich weiß alle Welt, daß die wirtschaftlichen Fortschritte im kommunistischen Bereich nur um den Preis politischer und sozialer Versklavung des Einzelnen und des ganzen Volkes erkauft worden sind.

Andererseits aber werden die im kommunistischen Block herrschenden individuellen Unfreiheiten keineswegs als so unerträglich empfunden, wie es in der westlichen Welt angenommen wird. Aus der Perspektive von Völkern, die unzählige Generationen hindurch unter einer noch viel schlimmeren Knechtschaft leben und sterben mußten, die die Knute der Grundherren zu spüren bekamen und noch vor nicht allzu langer Zeit als Ausbeutungsobjekte der Kolonialmächte mißbraucht wurden, wird der totalitäre Kommunismus keineswegs als ein menschenunwürdiges System beurteilt, sondern als eine Gesellschaftsordnung angesehen, die gegenüber den bisherigen Lebensverhältnissen eine durchaus erstrebenswerte relative Freiheit zu bieten vermag. Zu dieser Einstellung hat nicht zuletzt das Bewußtsein beigetragen, daß die im kommunistischen Herrschaftsbereich noch bestehende Unfreiheit nicht den Interessen profitgieriger Grundherren oder Kapitalisten, sondern der Allgemeinheit dient.

Der Prestige-Wettlauf

Aus diesem Grunde wird die Entscheidung der unterentwickelten Länder, von welcher Seite sie sich Wirtschaftshilfe gewähren lassen wollen, nicht ausschließlich durch politische Aspekte bestimmt. Sehr häufig wird vielmehr die Konkurrenz der beiden Machtblöcke geschickt ausgenutzt, wie dies z. B. augenblicklich in dem kleinen Kambodscha geschieht, wo das Land durch Balancekunststücke, die der sozialistisch orientierte Prinz Sihanuk zwischen den Großmächten vollführt, erheblich profitieren konnte. Die Rotchinesen bauen dort gegenwärtig Fabriken, die Sowjetrussen errichten Krankenhäuser; die Franzosen erstellen einen Flugplatz, und die Amerikaner schaffen einen Hafen.

Ähnlich wie Kambodscha verhalten sich verschiedene andere Länder. Selbst Indien hat sich im Rahmen seiner beiden Fünfjahrespläne für Investitionen in der Landwirtschaft und zum Aufbau von Industrieanlagen nicht nur von den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern, sondern u. a. auch von den Sowjetrussen Wirtschaftshilfe gewähren lassen. Im Staate Madhya Pradesh — mitten im Bereich des indischen Kohlen- und Eisenerzvorkommens — sind die Russen dabei, ein Stahlwerk zu errichten, an dem 60 000 indische Arbeiter Tag und Nacht unter der Leitung russischer Fachleute arbeiten.

Unter Ausnutzung des Prestige-Wettlauf zwischen West und Ost hatte es die ägyptische Regierung vor einigen Jahren sogar gewagt, den aus Mitteln der internationalen Hochfinanz erbauten Suezkanal trotz aller noch bestehenden Verträge entschädigungslos zu nationalisieren. Sie hat damit zwar riskiert, daß die westlichen Finanzierungsuzugos für den Bau des für die Zukunft der arabischen Völker lebenswichtigen Assuan-Staudammes zurückgezogen wurden. Aber anstelle des Westens haben nunmehr die Russen die Durchführung und Finanzierung des ersten Bauabschnittes übernommen.

Die Annullierung des westlichen Finanzierungsangebots hat Präsident Nasser nicht davon abhalten können, Anfang 1960 dennoch den Assuan-Hochdammbau feierlich zu eröffnen.

Sowjetrußland hat durch sein Einspringen in der arabischen Welt einen riesigen Prestigegewinn erzielt. Die westlichen Vertreter, die an den Eröffnungsfeierlichkeiten mit steinernem Gesicht teilnahmen, bedrängten bereits ihre Regierungen, sich um die Mitwirkung bei der Vergebung der Bauarbeiten für die zweite Stufe des Assuan-Dammes zu bemühen. Die Regierung der Arabischen Union hatte zunächst den nimmehr zu Kreuze kriechenden westlichen Interessenten, zu denen auch die Deutschen gehören, zu verstehen gegeben, daß sie nicht abgeneigt sei, das nächste Mal die andere Seite zum Zuge kommen zu lassen. Überraschend hat sich die Regierung jedoch schon einige Tage nach den Eröffnungsfeierlichkeiten dazu entschlossen, die Finanzierung und die Arbeiten der zweiten Stufe des Assuan-Dammes ebenfalls der Sowjetunion zu übertragen.

Die bisherige Praxis hat jedenfalls erwiesen, daß diejenigen unterentwickelten Länder, die die Rivalität der beiden feindlichen Machtblöcke mit raffinierter politischer Taktik und Diplomatie auszunutzen verstehen, am ehesten und am meisten durch „Hilfsangebote“ umworben werden.

Im ganzen gesehen lassen sich an die Situation, in der sich die unterentwickelten Länder zur Zeit befinden, gewisse Analogien knüpfen, wenn man an die Verhältnisse in Deutschland nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 denkt. Damals wagten es die Westalliierten nicht, das deutsche Volk verelenden zu lassen, wie es der Morgenthau-Plan vorsah. Sie befürchteten, daß sich das kommunistische Virus dann über ganz Deutschland ausbreiten und daß auch das Gebiet westlich der Elbe bis zum Rhein als reife Frucht in die Hände der Sowjetrussen fallen würde, ja, sie glaubten, daß es der sowjetischen Flut dann bald gelingen könnte, ganz Europa in seine politische Interessensphäre einzubeziehen.

Die Hilfe, die den Deutschen damals im Rahmen des Marshall-Planes von den Amerikanern gewährt wurde, galt deshalb weniger dem durch die nazistischen Verbrechen fluchwürdig gewordenen deutschen Volk und seinen hungernden Frauen und Kindern. Sie erwuchs vielmehr lediglich aus dem politischen Zweckdenken und der Einsicht der Westalliierten, daß es richtiger sei, durch wirtschaftliche Hilfe für das heutige Gebiet der Bundesrepublik jeder kommunistischen Infiltration von vornherein den Nährboden zu entziehen. Zugleich war es den Amerikanern auf diese Weise möglich, die aus den Vorratslagern des Krieges übrig gebliebenen und nahezu unverkäuflich gewordenen Bestände an Lebensmitteln (z. B. Milchpulver, Eipulver usw.), an die hungernden Deutschen abzusetzen. Vor allem aber gelang es ihnen, durch die mit dieser Hilfe verbundene Kapitalausfuhr den damals bedenklich abgesunkenen amerikanischen Kapitalzins wieder nach oben zu treiben.

Unter ähnlichen Aspekten ist heute die westliche Hilfe für die unterentwickelten Länder zu sehen: Es geht, wie in den nachfolgenden Kapiteln noch dargestellt werden wird, bei der Werbung des Westens um die Gunst der unterentwickelten Länder zu allerletzt um die Hilfe für die dort lebende Bevölkerung. Es geht vielmehr darum, soviel wie möglich an politischem Prestige zu gewinnen und die dort lebendenden Menschen von der Annäherung an den kommunistischen Block abzuhalten.

Darüber hinaus kommt es für den Westen darauf an, durch entsprechende Auslandsaufträge der einheimischen Wirtschaft gute Profitraten zuzuschaffen, die drohende Gefahr einer Absatzstocung im eigenen Lande für eine möglichst lange Zeit hinauszuschieben und durch eine umfangreiche Kapitalausfuhr einem potentiellen Absinken der Kapitalrente vorzubeugen.

III. Gefährliche Monokulturen

Noch vor einigen Jahren hatten die USA ihre sogenannte Hilfe für die unterentwickelten Länder mit der Förderung ihrer Rüstungsmaßnahmen gekoppelt. Aufgrund eines amerikanischen Einlagerungs-Programms wurden die Preise für strategisches Rohmaterial künstlich hochgehalten. Eine Reihe von unterentwickelten Ländern wurde auf diese Weise ermuntert, die Produktion der in Frage kommenden Erzeugnisse aufzunehmen oder zu erweitern. Nach Weiterentwicklung der Atombombe und der Raketentechnik entschied sich die amerikanische Regierung jedoch zu einer strategischen Umrüstung. Angeblich wegen des Fehlens von Logerräumen, in Wahrheit aber wegen der veränderten Rüstungs-

situation wurden die Einlagerungsankäufe ganz eingestellt oder doch weitgehend eingeschränkt. Die Absatzmöglichkeiten für verschiedene Rohstoffe (z. B. Kupfer, Zinn, u. a.) wurden im Nu außerordentlich gering, und die Preise fielen am Weltmarkt jäh ab. Schließlich setzten dann auch noch die nordamerikanischen Bergwerksbesitzer Schutzzollerhöhungen durch, so daß die in den unterentwickelten Ländern neugeschaffenen Kapazitäten nahe zu unausgenutzt blieben und zum Teil wertlos wurden. Die Hilfe Amerikas erwies sich in diesen Fällen als das glatte Gegenteil, nämlich als eine schwere Schädigung der betroffenen unterentwickelten Länder.

In ähnlicher Weise hatte sich auch die seit mehr als 20 Jahren in den USA mit Hilfe staatlicher Subventionen betriebene Stützung landwirtschaftlicher Überschüsse ausgewirkt. Die gestützten Mindestpreise für Baumwolle und Getreide hatten u. a. dazu geführt, daß in der ganzen Welt — so auch in verschiedenen unterentwickelten Ländern — minderwertige Böden unter den Pflug gebracht worden waren, weil sich für Grenzbetriebe die Illusion einer Rentabilität oder zumindest der Kostendeckung ergeben hatte. Nachdem aber nicht mehr alle Agrarüberschüsse vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium unesehen zum Mindestpreis aufgekauft wurden, zeigte es sich, daß im Verhältnis zur Nachfrage ein beträchtliches Volumen der Weltproduktion nicht mehr absetzbar war. Ein Teil der in den unterentwickelten Ländern aufgeschlossenen Böden erwies sich dadurch als Fehlinvestition.

Wegen dieser Vorgänge war man in den davon betroffenen Völkern verständlicher Weise über die Amerikaner sehr erbost. Das war auch der Grund, weshalb Vizepräsident Nixon während seiner vor zwei Jahren in die südamerikanischen Länder unternommenen Reise mit faulen Tomaten beworfen wurde.

Aus diesen Vorgängen ist zu erkennen, wie gefährlich es ist, die unterentwickelten Länder zu veranlassen, ausländische Kredite etwa zur Schaffung von Monokulturen zu verwenden. Das haben auch die Verhältnisse in anderen Ländern gezeigt, die sich überwiegend z. B. auf den Anbau von Baumwolle oder Kaffee oder auf die Gewinnung von Mineralölen, Erzen, Metallen oder Kautschuk spezialisiert haben. Die Vereinigte Arabische Republik hat wahrscheinlich nicht nur aus politischen Gründen auch den zweiten Abschnitt des Assuan-Staudammes an die Sowjetrussen vergeben. Ausschlaggebend war nämlich u. a., daß die westlichen Länder nicht geneigt waren, die in diesem Lande in Monokultur erzeugte Baumwolle als Gegenleistung abzunehmen, da dieser Rohstoff z. Zt. am Weltmarkt schwer unterzubringen ist. Die Russen waren dagegen ohne weiteres mit der Lieferung von Baumwolle einverstanden, da sie sie innerhalb des Ostblocks jederzeit ohne Rücksicht auf den Weltmarkt verwerten und die Verarbeitung bzw. den Verbrauch von Baumwolle notfalls im Rahmen ihrer staatlich gelenkten Wirtschaft kommandieren können.

Die Förderung von Monokulturen ist jedenfalls sowohl für die unterentwickelten Länder selbst als auch für die Länder, die ihnen zu diesem Zweck Kapitalkredite überlassen wollen, immer riskant. Wenn die gesamte Wirtschaft auf der Gewinnung und Erzeugung eines einzigen Produktes beruht und das Wohl und Wehe des Staatswesens, seine Entwicklung, seine Investitionen und das Einkommen seiner Bevölkerung davon abhängen, ob die Gewinnung dieses einen Produktes oder der Ernteausfall den Erwartungen entspricht und ob die erzielte Menge zu einem angemessenen Preis bei den jeweiligen Marktverhältnissen abgesetzt werden kann, so ist das Wagnis erschreckend groß. Selbst wenn die Absatzmärkte unter normalen Umständen für eine lange Zeitperiode noch so gesichert erscheinen mögen, bleibt jede Monokultur im höchsten Grade krisengefährdet.

Dabei darf z. B. nicht übersehen werden, daß in unserem modernen technischen Zeitalter jederzeit überraschend ein schneller Strukturwandel in der Erzeugung und im Verbrauch bestimmter Rohstoffe durch Übergang zu synthetisch hergestellten billigeren und besseren Rohstoffen oder Kunststoffen möglich ist. Auch eine Änderung in der Verbrauchsstruktur, wie sie sich z. Zt. bei der Steinkohle durch den Übergang zum Heizöl abzeichnet, ist bei jedem anderen Rohstoff ebenfalls denkbar. Entsteht aber erst eine Absatzkrise bei einem in Monokultur erzeugten Wirtschaftsgut, dann gerät das ganze Land in den Strudel des Niederganges und an den Rand des Ruins. Gegenmaßnahmen, die zur Überwindung einer solchen Krise und zur Preisstützung dienen sollen, wie z. B. Valorisation und Vernichtung größerer Bestände dieser Erzeugnisse, könnten nicht verhindern, daß die

Empfänger der Auslandskredite zahlungsunfähig werden, und daß u. U. das ganze Volk in dem von der Krise betroffenen Lande in noch größere wirtschaftliche Not gerät.

Die kapitalistischen westlichen Staaten, die die unterentwickelten Länder wider besseres Wissen zu einer solchen Monokultur verführt haben, müssen dann unter Umständen damit rechnen, daß man sie verflucht und ihnen die Schuld für alles Unglück zuschiebt.

Soweit noch in den letzten Jahren Monokulturen angeregt und gefördert wurden, hatten diese Empfehlungen nur eigennützige Hintergründe. Die westlichen Industrieländer wollten auf diese Weise die unterentwickelten Länder möglichst von jeder tiefgreifenden Industrialisierung abhalten, um sie sich möglichst für alle Zeiten als Absatzgebiet für ihre eigenen Industrieerzeugnisse zu erhalten. Immer wieder hatte man deshalb auch die unterentwickelten Länder in der Auffassung zu bestärken versucht, daß es deren Aufgabe sei, nur Agrarland zu sein und allenfalls noch den einen oder den anderen Rohstoff zu fördern. Inzwischen hat sich jedoch in der westlichen Welt allmählich die Einsicht durchgesetzt, daß eine Förderung und Finanzierung von Monokulturen im Krisenfall unübersehbare politische, ökonomische und finanzielle Gefahren für die Helfenden nach sich ziehen würde, und daß eine wirksame und erfolgreiche wirtschaftliche Unterstützung nur dann fundiert wäre, wenn sie sich in breiter Streuung auf möglichst alle Produktionsparten in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Industrie erstreckte.

Die Aufbauplanungen, die in den unterentwickelten Ländern mit Wirtschaftshilfe des Auslandes durchgeführt werden sollen, müssen — wenn sie auf die Dauer von Erfolg gekrönt sein sollen, natürlich in erster Linie auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ausgerichtet sein. Das ist einerseits notwendig, um in den rückständigsten Ländern schnellstens den Hunger zu bannen, andererseits aber unerlässlich, um für die Zukunft die dort rasch wachsende Bevölkerung ernähren zu können.

Da in vielen Ländern keine größeren Bodenreserven vorhanden sind, die zusätzlich in Kultur genommen werden könnten, muß die Nahrungsproduktion durch Vornahme riesiger Investitionen in der Landwirtschaft und — wo es nötig ist — insbesondere durch Bewässerung des Bodens gesteigert werden. Für diese Intensivierung der Landwirtschaft werden gewaltige Mengen an industriellen Erzeugnissen benötigt. Die Bewässerungsanlagen erfordern z. B. Zement und Stahl. Für die bessere Bodenbearbeitung sind eiserne Pflüge, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller Art erforderlich. Für die ausreichende Ernährung der Äcker muß Handelsdünger eingesetzt werden. Alle diese Erzeugnisse müssen, wenn der Aufbau in sinnvoller Weise vorangetrieben werden soll, nach Möglichkeit im eigenen Lande produziert werden.

Gleichzeitig mit der Entwicklung der Landwirtschaft ist daher auch die entsprechende Industrialisierung durch Ausbeutung von Kohlenvorkommen, Elektrifizierung, Bau von Stahlwerken, Hochöfen, Zementfabriken, Düngerefabriken und anderen industriellen Unternehmen nötig, denn die unterentwickelten Länder würden auf die Dauer in eine hoffnungslose Devisenklemme geraten. Sie wären nämlich sonst gezwungen, die für die Intensivierung, Mechanisierung und die laufende Versorgung der Landwirtschaft erforderlichen industriellen Erzeugnisse dauernd einzuführen, ohne daß sie zugleich imstande wären, die Güterimporte und die anlaufenden Zinsen für das Auslandskapital durch Exporte aus eigenen Erzeugnissen des Landes zu bezahlen.

Es würde nach Einfuhr der zur Errichtung der Fabriken notwendigen Maschinen und Anlagen ohnehin mindestens fünf Jahre dauern, bis diese aufgebaut sind, bis die Produktion aufgenommen ist und mit ihren ersten Erzeugnissen die Intensivierung der Landwirtschaft wirksam werden kann. Erst dann sind mit den dadurch gewonnenen zusätzlichen Agrarerzeugnissen und selbstproduzierten Industriegütern die ersten Aktivposten in der Zahlungsbilanz der unterentwickelten Länder zu erwarten.

Die Finanzierungshilfe des Auslandes wird deshalb in erster Linie mit den zur Förderung der Landwirtschaft benötigten industriellen Investitionen und mit der Nutzung der vorhandenen Rohstoffquellen beginnen müssen und erst viel später dazu übergehen können, durch weitere Investitionen die Grundlagen für den Aufbau sonstiger Industriezweige zu schaffen. Dabei wäre dann vorerst die Errichtung kleinerer und mittlerer Industriebetriebe zu bevorzugen, die später dem Aufbau einer eigenen Großindustrie dienen könnten.

Die Probleme sind jedoch in den verschiedenen unterentwickelten Ländern vielfältig und unterschiedlich. Die Situation eines jeden einzelnen Landes ist anders, weil sich auch die Kombination der natürlichen Hilfsquellen verschieden darstellt. Dagegen liegen die Verhältnisse durchweg in allen unterentwickelten Ländern insofern ähnlich oder gleichartig, als nämlich überall die Entwicklung der Landwirtschaft das unentbehrliche Fundament der Industrialisierung bildet und umgekehrt die Industrialisierung als unerläßliche Grundlage der Intensivierung der Landwirtschaft anzusehen ist.

Dabei ist man sich in den westlichen Ländern vollkommen darüber im klaren, daß ausländische Kredite in Gestalt von Lebensmittellieferungen, wie sie z. B. in den letzten Jahren seitens der USA durch Lieferung der im eigenen Lande nicht absetzbaren Reserven gewährt wurden, in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht sinnlos sind, da die Empfangsländer niemals imstande wären, diese Beträge aus eigener Kraft zu verzinsen und zurückzuzahlen.

Das größte Geschäft aller Zeiten

Erst wenn die Intensivierung der Landwirtschaft mit Hilfe der in den neu aufgebauten Industrien erzeugten Industriegüter entsprechend weit vorangekommen ist, dürfte auch mit der Erzeugung industrieller Verbrauchsgüter und einer allmählichen fühlbaren Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu rechnen sein. Das setzt jedoch voraus, daß die durch die Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft zu erwartende außerordentlich starke Vermehrung des Sozialproduktes wenigstens zu einem Teil den breiten Massen der Arbeiter und Verbraucher zugute kommt, d. h. daß diese durch Lohnerhöhungen oder Verbilligung der Preise mit erhöhter Kaufkraft ausgestattet und instandgesetzt werden, ihre Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs entsprechend zu erhöhen. Das würde jedoch bedingen, daß die Zunahme des Sozialproduktes nicht ausschließlich in den Taschen der ausländischen oder einheimischen Kapitalbesitzer in Form von Kapitalrente hängen bleibt.

Bei Anwendung kapitalistischer Währungs- und Wirtschaftsprinzipien ist allerdings vorauszusehen, daß die von den neugeschaffenen Industrieunternehmen erzeugten Güter zunächst nicht oder nicht wesentlich billiger an den Markt kommen werden als in den westlichen Industrieländern, obwohl die Industriearbeiterlöhne in den unterentwickelten Ländern erfahrungsgemäß bis zu 90% niedriger liegen und durchweg an den außerordentlich geringen Einkommen in der Landwirtschaft orientiert sind.

Wahrscheinlich wird sich nämlich überall, wo der Aufbau durch Kapitalkredite des Auslandes forciert wird, ein sogenannter Verkäufermarkt entwickeln, durch den die Weltmarktpreise gehalten werden. Da insbesondere auch die Investitionen in der Landwirtschaft durch Kredite und staatliche Subventionen finanziert werden dürften, werden die hierfür erforderlichen Industriegüter besonders stark gefragt sein.

Bei den zu erwartenden Nachfrageverhältnissen wird also mit Preisnachlässen kaum zu rechnen sein. Eine nachhaltige und fühlbare Anhebung des einheimischen Lohnniveaus infolge Verknappung der menschlichen Arbeitskraft wird vermutlich selbst in den nächsten Jahrzehnten noch nicht eintreten.

Die Spanne zwischen Preisen und Kosten wird deshalb für lange Zeit gewaltig hoch bleiben. Soweit also von westlicher Seite nicht bloß Kredite zu einem festen Zinssatz hergegeben, sondern unmittelbar Direktinvestitionen vorgenommen werden, bei denen die beteiligten Firmen Eigentümer der von ihnen aufgebauten Unternehmen bleiben, winken ihnen hier angesichts der großen Reservearmee an Arbeitskräften und der im Verlaufe des Aufbaues zu erwartenden permanenten Übernachfrage unaussprechlich hohe Gewinnmargen.

Ein gewisses Modell für die potentiellen Gewinnchancen, die sich hier ergeben werden, ist der Wiederaufbau in der Bundesrepublik nach dem letzten Weltkrieg. Dem durch die gewaltigen Kriegszerstörungen angefallenen riesigen Bedarf an Gütern aller Art stand infolge der weitgehenden Zerschlagung des Industriepotentials ebenfalls ein nur geringes Güterangebot gegenüber, so daß sich in den ersten zehn Jahren ebenfalls ein ausgesprochener Verkäufermarkt entwickeln konnte. Die am ungünstigsten arbeitenden Grenzbetriebe, die noch zur Produktion herangezogen werden mußten, bestimmten in der Bundesrepublik die Preise. Die erhebliche Zunahme der Produktivität in den neu aufgebauten Produktionsstätten und in den rationalisierten älteren Unternehmen kam dadurch

zunächst weder den Verbrauchern noch den Arbeitern zugute, sondern fiel fast ausnahmslos den Kapitalbeteiligten zusätzlich zur Kapitalrente als Produktivitätsrente (Quasirente) zu.

Erst als im weiteren Verlaufe der Konjunktur die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie erweitert, die Erwerbslosigkeit beseitigt und die Arbeitskraft knapp wurde, ist ein Teil der angewachsenen Produktivität auch den breiten Massen der Arbeitenden zugute gekommen. In der Zwischenzeit aber wurden die riesigen Gewinne aus arbeitslosem Einkommen, die sich aus der hohen Spanne zwischen den Preisen der Güter und den durch die geringen Löhne relativ niedrig gehaltenen Kosten ergab, von den Kapitalbeteiligten vorwiegend zur Selbstfinanzierung ihrer Betriebe benutzt.

Das hatte zudem noch verschiedene Vorteile: Die riesigen Gewinne in der Bundesrepublik, die letztlich nur den Folgen des vorausgegangenen Krieges zu verdanken waren, wurden nach außenhin optisch nicht sichtbar. Außerdem waren damit auch steuerliche Vorteile verbunden und schließlich wurde auf diese Weise ohne besondere Schwierigkeiten und trotz der bestehenden großen Kapitalknappheit jener schnelle Wiederaufbau ermöglicht, der als deutsches Wirtschaftswunder gepriesen wird. Infolge der ungeheuren Gewinne aus Kapitalrenten, die zur Selbstfinanzierung der Betriebe benutzt wurden, ist der innere Wert der Unternehmen durchweg riesig angewachsen. Das spiegelt sich anschaulich im deutschen Aktienindex wider, der von etwa 25 nach der Währungsumstellung im Jahre 1948 auf 450 im Januar 1960 angewachsen ist und eine Steigerung um 1700 % erfahren hat. Im Zuge dieser Entwicklung sind in der Bundesrepublik bekanntlich Millionäre am laufenden Bande produziert worden.

Was sich indessen auf diese Weise bei uns im kleineren Rahmen und während einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne abgespielt hat, wird sich in den unterentwickelten Ländern, die die technische Entwicklung von Jahrtausenden nachzuholen haben, in einem viel gigantischeren und für normale Begriffe unvorstellbaren Umfang wiederholen. Der gewaltige Aufbau — angefangen von dem Zustand der Landwirtschaft auf der niedrigsten Stufe des hölzernen Pfluges bis zur vollendeten verkehrsmäßigen und industriellen Aufschließung des Landes — und seine Anpassung an den technischen Stand der westlichen Welt wird vermutlich mindestens vier bis fünf Jahrzehnte hindurch eine permanente Übernachfrage nach Investitionsgütern und einen entsprechenden Verkäufermarkt in weitesten Bereichen der Industrieerzeugung zur Folge haben. Daneben wird für lange Zeit eine erhebliche Kapitalknappheit aufrecht erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich allerdings nur dann in diesen Formen bewegen, wenn die währungswirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für eine entsprechende Konjunktur gegeben sind.

Aber die sogenannten Auslandshilfen werden schon für den erforderlichen konjunkturellen Antrieb sorgen, so daß im Verlaufe einer stark prosperierenden Wirtschaftsperiode wahrscheinlich so märchenhafte Kapitalgewinne herausgeholt werden, daß demgegenüber selbst das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik völlig verlassen wird. Wie bei uns, werden dann sicher auch in den unterentwickelten Ländern die sich auf-türmenden Gewinne aus Kapital- und Produktivitätsrente zur Selbstfinanzierung, d. h. zu weiteren Neuinvestitionen verwendet werden und so den Kreislauf zwischen zunehmenden Investitionen und steigender Produktivität für lange Zeit antreiben. Die riesigen Profite werden analog der Entwicklung in der Bundesrepublik erst herabgedrückt werden, wenn nach Erstellung genügender Arbeitsplätze in der jungen Industrie allmählich alle brachliegenden Arbeitskräfte endlich restlos in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden sind und wenn durch ihre spürbare Verknappung eine entsprechende Lohnsteigerung erzwingen wird. Trotz der dadurch möglichen vermehrten Nachfrage nach Verbrauchsgütern wird jedoch nach weiter anhaltendem Ausbau der Kapazitäten in der gesamten Industrie und zunehmender Erzeugung von Investitions- und Verbrauchsgütern schließlich auch ein Druck auf die Preise ausgeübt werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt aber ist noch ein sehr weiter Weg. Die Hilfe für die unterentwickelten Länder verspricht deshalb ein lange währendes und zugleich das größte Geschäft aller Zeiten zu werden, das der Kapitalismus in der Welt jemals gemacht hat.

Verlockende Gewinne — aber das Risiko trägt der Steuerzahler

Die Perspektiven, die sich für den westlichen Kapitalismus in den unterentwickelten Ländern ergeben werden, sind zweifellos verlockend. Aber die möglichen Gewinnquellen

sind nicht so einfach zu erschließen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. In verschiedenen Ländern ist es nämlich noch recht ungewiß, ob und inwieweit die Regierungen überhaupt Direktinvestitionen ausländischen Kapitals zulassen werden. Es ist durchaus möglich, daß sie die sogenannte Wirtschaftshilfe des Auslandes auf die bloße Gewährung von Krediten und die erste Lieferung von Industrieanlagen und Maschinen beschränkt sehen wollen, und daß sie die neu aufzubauenden Betriebe in die Hände des Staates oder die inländischer Unternehmer zu überführen beabsichtigen. Die Gewinnchancen für die westlichen Länder wären in diesem Falle wesentlich beschränkt, und das erwartete ganz große Geschäft würde ausbleiben.

In diesem Zusammenhange darf außerdem nicht übersehen werden, daß sowohl Kredite wie auch Direktinvestitionen in allen unterentwickelten Ländern mit einem hohen und nicht im voraus zu übersehenden Risiko behaftet sind. Hierbei spielt nicht zuletzt der Umstand eine gewisse Rolle, daß verschiedene dieser Länder nur aus gewissen Prestigegründen unbedingt bestimmte Produktionsanlagen wünschen, deren Errichtung aber im Rahmen eines organischen Aufbaues zunächst völlig abwegig wäre. Das gilt insbesondere für Betriebe, deren Erzeugnisse ohne Subventionen vorläufig nicht absetzbar wären. Ausländische Investoren, die hier dem Drängen einheimischer Regierungsstellen nachgeben und wirtschaftlich ungesunde Produktionsanlagen errichten, würden später nicht nur schwerste Vorwürfe, sondern auch finanzielle Verluste hinnehmen müssen.

Noch viel schwerer als derartige Fehlinvestitionen aber wiegt das Wagnis, das für die westlichen Länder eigentlich generell mit jedem Kredit und mit jeder Direktinvestition verbunden ist:

Niemand kann nämlich im voraus überschauen, welchen politischen Kurs die einzelnen Entwicklungsländer in der Zukunft endgültig einschlagen werden. Heute noch mag eine politische Kontinuität und Stabilität des herrschenden Regierungssystems bestehen. Die Einlösung gegebener Versprechen und die Gewährleistung rechtsstaatlicher Grundsätze mag z. Zt. selbstverständlich erscheinen. Aber niemand weiß, für wie lange die Gefahr sozialer Unruhen und eines politischen Umsturzes gebannt ist. Auch wenn zunächst kein Anlaß dazu vorliegen mag, an der politischen Stabilität des Landes und der Sicherheit der ausländischen Investitionen und der gewährten Kredite zu zweifeln, darf doch nicht übersehen werden, daß allein der Übergang von der rückständigen und stagnierenden Wirtschaft zu einer raschen Aufwärtsentwicklung zwangsläufig soziale Umschichtungen und strukturelle Wandlungen mit sich bringen wird, die sich dann zwangsläufig auch politisch auswirken können. Ein primitives Volk, das aus dem Dornröschenschlaf des Analphabetentums erweckt wird, das sich abrupt an neuentstehende soziale und politische Lebensbedingungen anpassen muß und das schließlich allmählich auch in ein günstigeres wirtschaftliches Lebensniveau hineinwächst, erwacht eines Tages aus der seit Jahrtausenden bestehenden Lethargie und aus dem sozialen und politischen Fatalismus. Es wird selbstbewußt und es bettelt nicht mehr um Almosen, sondern es fordert unversehens politische, wirtschaftliche und soziale Rechte. Überraschend können hieraus Spannungen und Unruhen entstehen, die die politische Kontinuität des Landes erschüttern und insbesondere überall dort auftreten, wo noch heute ein mittelalterliches Feudalsystem vorherrscht.

Wenn in solchen Ländern nicht in absehbarer Zeit eine umfassende politische Emanzipation des Volkes aus der Unterdrückungsmacht der Feudalherren durchgesetzt und die auf die Spitze getriebene Ausbeutung durch Kapital- und Bodeneigentümer nicht gemildert wird, besteht jederzeit die Gefahr eines politischen Umsturzes, mit dem dann auch für die ausländischen Kreditgeber und Investoren eine bedenkliche Gefährdung ihrer Vermögenswerte verbunden ist.

In einem solchen Falle wäre es z. B. nicht ausgeschlossen, daß von den neuen politischen Machthabern Maßnahmen getroffen werden, die, wenn sie milde wären, nur die Unterbindung des Transfers von Gewinnen und Erträgen und die Diskriminierung des Auslandskapitals gegenüber dem einheimischen Kapital zur Folge haben. **Aber ebensogut können sie auch auf die Beschlagnahme von Vermögenswerten, die Sozialisierung oder Nationalisierung der ausländischen Investitionen und eine entschuldigungslose Enteignung abzielen.** Der Zugriff Nassers auf die Suezkanal-Gesellschaft war in dieser Beziehung

ein eklatantes und warnendes Beispiel; er hatte s. Zt. lähmendes Entsetzen in den Kreisen der internationalen Hochfinanz hervorgerufen und fast zu einem neuen Weltkrieg geführt. Auch in allerletzter Zeit waren z. B. in Argentinien, Indonesien, Venezuela und Syrien direkte und indirekte Eingriffe in ausländische Rechte und Interessen sowie Diskriminierungen gegenüber dem ausländischen Anlagekapital zu beobachten, durch die das internationale Vertrauen immer wieder durchlöchert wurde.

Was sich hier oder dort in mehr oder weniger krasser Form ereignet hat, kann sich über Nacht auch in jedem anderen unterentwickelten Lande unter Mißachtung der Grundregeln des Völkerrechts wiederholen.

Wegen des nicht unerheblichen Risikos, das unter den gegebenen Umständen mit jeder Kapitalhilfe verbunden ist, wurde deshalb von westlicher Seite wiederholt gefordert, daß die unterentwickelten Länder Gesetze erlassen mögen, durch welche die Unantastbarkeit der im Rahmen der Wirtschaftshilfe gewährten Kredite und Investitionen garantiert wird. In einigen Ländern sind derartige Gesetze bereits in Vorbereitung bzw. ist beabsichtigt, Investitionsschutzabkommen zu treffen. Ein Abkommen dieser Art ist jüngst zum ersten Male von der Bundesrepublik Deutschland mit Pakistan abgeschlossen worden. Andererseits ist aber aufgrund der bisherigen Erfahrungen bekannt, welch geringer Wert letztlich allen Gesetzen und Abmachungen dieser Art beizumessen ist. Die nach einem politischen Umsturze an die Macht gekommenen Regierungen sind oft nicht im geringsten gesonnen, die unter dem früheren System zustande gekommenen Vereinbarungen einzuhalten.

In den westlichen Ländern ist man daher mit Recht mißtrauisch, auch wenn seitens der derzeitigen Regierungen entsprechende Zusagen zur Sicherung von Krediten und Investitionen gemacht werden. Ausländische Kapitalgeber und Investoren verlangen zumeist nicht ohne Erfolg zusätzliche Garantien auch von ihren eigenen Regierungen, zumal diese gewöhnlich schon aus politischen, konjunkturellen und währungswirtschaftlichen Gründen an der Kapitalausfuhr, dem Export von Industrieerzeugnissen und — wegen des kalten Krieges mit dem Ostblock — auch an dem Zustandekommen der sogenannten Wirtschaftshilfe interessiert sind.

Die Risiken, die mit den bevorstehenden riesigen Geschäften verbunden sind, werden daher in den meisten westlichen Ländern nicht die Kreditgeber und Investoren, sondern die Steuerzahler dieser Länder zu übernehmen haben, so daß die voraussichtlich phantastisch hohen Gewinne den Investoren und Kreditgebern ungeschmälert zufallen werden.

Bereits jetzt hat der deutsche Steuerzahler zu diesem Zweck erhebliche Verpflichtungen übernommen. So hat der Bund z. B. Bürgschaften und Garantien für langfristige Exportkredite an unterentwickelte Länder bewilligt, die sich z. Zt. auf 9,5 Milliarden DM belaufen. Zusätzlich zu diesem Bürgschaftsrahmen ist im Bundeshaushalt 1959 ein weiterer Bürgschaftsbetrag von 2 Milliarden DM für besonders förderungswürdige Vorhaben bereitgestellt worden. Innerhalb dieses Bürgschaftsrahmens von 2 Mrd. DM können auch politische Risiken gedeckt werden, die sich aus privaten Direktinvestitionen im Auslande ergeben. Da bisher (außer den Exportkrediten von 9,5 Mrd. DM) rund 2,5 Mrd. DM direkt von deutschen privaten Kapitalbesitzern im Auslande investiert worden sind, wird das damit verbundene Risiko nahezu restlos vom deutschen Steuerzahler, d. h. also auch von den breiten Massen des Volkes getragen, während die zu erwartenden Erträge aus dem Kapital in voller Höhe den privaten Investoren zufließen.

Darüber hinaus leistet die Bundesrepublik noch einen multilateralen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftsaufbaues der unterentwickelten Länder durch ihre Beteiligung und durch die Gewährung von Krediten an internationale Organisationen, die vornehmlich finanzielle Hilfe an Entwicklungsländer geben. Dabei steht die Weltbank im Vordergrund. Die multilaterale finanzielle Leistung der Bundesrepublik beläuft sich z. Zt. auf etwa 1,8 Mrd. DM. Schließlich hat der Bund neben technischen Hilfen im Betrage von 240 Mill. DM noch Finanzierungshilfen in Form von Zuschüssen, Krediten und Vorlagen aus öffentlichen Mitteln in Höhe von insgesamt 2 Milliarden DM bewilligt.

Diese Beträge sollen als Beitrag zum Entwicklungsfonds für die assoziierten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete der EWG und ferner als finanzielle Hilfen für Grie-

chenland, die Türkei und Indien verwendet werden. Zugunsten deutscher und westlicher Interessen soll so ein günstiges politisches Klima für weitere Lieferungen und Investitionen geschaffen werden.

Ebenso wie die Bundesrepublik haben in jüngster Zeit auch die meisten anderen westlichen Industrieländer Bürgschaften und Garantien übernommen und multilaterale Finanzierungsleistungen für die Weltbank und andere internationale Organisationen bewilligt. Allein die Weltbank war dadurch in der Lage, bis zum 31. 12. 1959 insgesamt 249 Darlehen an 51 unterentwickelte Länder im Gesamtbetrage von 4,871 Milliarden Dollar (= rund 20 Milliarden DM) zu gewähren.

IV. Hilfe aus Furcht vor einer Wirtschaftskrise

Das Problem der Wirtschaftshilfe darf nicht nur aus der Sicht der unterentwickelten Länder gesehen werden, die von ihr eine Förderung und eine beschleunigte Durchführung ihres Aufbauprogramms erwarten. Zumindest ebenso, wie die unterentwickelten Länder selbst, sind auch die westlichen Industrieländer, die diese „Hilfe“ gewähren, an ihrem Zustandekommen dringend interessiert. Dabei spielt nicht etwa allein die Absicht auf die damit verbundenen Gewinnchancen eine besondere Rolle. Ein noch viel größeres Interesse an der Realisierung von Wirtschaftshilfen besteht hier nämlich wegen des immer unausweichlicher werdenden Zwanges der westlichen kapitalistischen Welt, künftig unbedingt im reichlichen Maße Geld und Sachkapital in die unterentwickelten Länder zu exportieren. Gelingt ihnen das nämlich nicht rechtzeitig, so besteht die tödliche Gefahr, daß früher oder später die Flut einer neuen Wirtschaftskrise über den Westen hereinbricht, die nach Beseitigung des derzeitigen relativen Wohlstandes das schützende Bollwerk gegen den Weltkommunismus zerstört und die morschen Stützen des kapitalistischen Systems hinwegspült. Die Möglichkeit, „Hilfe“ zu leisten, ist deshalb für den Westen zu einer Lebensfrage geworden, die u. U. künftig über Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entscheidet.

Es erscheint daher geboten, zunächst etwas weiter auszuholen, die Gefahren aufzuzeigen, in der die westliche Welt heute schwebt, und die Zusammenhänge der heutigen Situation aufzuhellen, die ihr im Widerstreit mit dem Kommunismus zum Verhängnis werden können.

Die prekäre Lage des Westens

Schon unmittelbar nach der letzten Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, die wegen ihrer schreckenerregenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen alle vorangegangenen Wirtschaftskrisen weit übertraf, waren sich alle Nationalökonomten, Politiker und auch alle weitsichtigen Repräsentanten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig darüber im klaren, daß man sich angesichts des auf der Lauer liegenden Bolschewismus künftig eine neue Krise dieser Art und dieses Ausmaßes unter keinen Umständen mehr leisten dürfe.

Von den Befürwortern und Propagandisten des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurde bis dahin der sogenannte Konjunkturzyklus, d. h. der periodische Wechsel von Krise und Konjunktur, als Ursache allen Übels und zugleich als unentrinnbare schicksalhafte Gegebenheit hingestellt. Mit geradezu erschütternder Naivität wurde behauptet, daß dieser Zyklus in der Periodizität der Witterung und kosmischer Einflüsse (z. B. Wagemann) oder auch in den Aktivitätsrhythmen der Menschen (z. B. Smölders) begründet liege. Von dem Gedankengut Silvio Gesells und J. M. Keynes befruchtet, setzten sich jedoch allmählich neue Einsichten durch. Heute wird bereits von vielen maßgebenden Volkswirten offen zugegeben, daß die Initialzündung zu den in regelmäßigen Abständen auftretenden Wirtschaftskrisen ausschließlich von der auf dem Rentabilitätsprinzip beruhenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst ausgelöst wird. Man erkannte endlich, daß dieses Wirtschaftssystem lediglich in der Mangelwirtschaft gedeiht und nur solange funktionsfähig bleibt, wie das in der Volkswirtschaft investierte Kapital eine Rente (arbeitsloses Einkommen) abwirft. Seit dem Erscheinen der Keynes'schen „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung...“, die wenige Jahre nach der letzten Weltwirtschaftskrise veröffentlicht wurde und in der ganzen Welt größte Beachtung gefunden hatte, wird kaum noch von irgendeiner Seite ernstlich bestritten, daß jede Konjunktur

zwangsläufig immer wieder erneut in eine Krise münden muß, sobald der Mangel an Sachkapital fühlbar abnimmt und die Kapitalrente unter dem Druck zunehmender Kapitalbildung eine gewisse Mindestgrenze unterschreitet.

Die einzelnen Phasen des wechselhaften Auf und Ab in der kapitalistischen Wirtschaft sind heute bereits sehr genau bekannt. Die Kette der einzelnen Erscheinungsformen während der Konjunkturen und Krisen wurde sorgfältig beobachtet, und man weiß jetzt, daß diese im ständigen Wechsel immer wieder wie folgt ablaufen:

Die Erscheinungsformen von Krise und Konjunktur

Wenn in einer Volkswirtschaft nach Absinken der Kapitalrente unter die übliche Rentabilitätsgrenze eine Wirtschaftskrise ausgelöst wird, so wird im Verlaufe dieser Krise durch wirtschaftliche Zusammenbrüche, Vermögensverluste, Verzehr von Ersparnissen und unterbliebene Ersatzinvestitionen allmählich ein neuer Kapitalmangel erzeugt. Eines Tages ist dann der kritische Punkt der Depression überschritten, und nach einer sich anbahnenden Konjunkturwende steigt der Kapitalzins wieder erneut steil an. Das während der Krise erzeugte Arbeitslosenheer wird im Verlaufe der anhaltenden Konjunktur allmählich wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert. Die in der vorangegangenen Krise abgesunkenen Reallohne werden bei zunehmender Verknappung der Arbeitskraft sukzessive angehoben. Mit erneuter Wohlstandsentwicklung wächst die Spartätigkeit. Das Kapitalangebot vergrößert sich und drückt wiederum auf den Zins. Durch anhaltende Investitionen werden die Produktionskapazitäten laufend erweitert. Damit steigt auch das Angebot an Gütern. Der zu Beginn der Konjunktur entstandene Verkäufermarkt wandelt sich allmählich in einen Käufermarkt mit zunehmenden Druck auf die Preise. Bei gleichzeitig steigenden Lohnkosten wird die Spanne zwischen Kosten und Preisen ständig verringert. Die aus dem investierten Kapital aufkommende Rente wird auf diese Weise schließlich eines Tages bis unter die **kritische Rentabilitätsgrenze von etwa 2,5% herabgedrückt**, bei der es nicht mehr lohnend ist, noch weitere Investitionen vorzunehmen. Es ist nun vielmehr vorteilhafter, überflüssiges Geldkapital als Kassenbestand anzuhäufen und zu horten, als es zu einem so geringen Zins auszuleihen. Der Vorteil der Liquidität (Liquiditätsprämie), den die Ansammlung von Kassenbeständen (Geldhortung) angesichts einer heraufziehenden Deflationskrise und der damit verbundenen Zunahme der Kaufkraft des Geldes gewährt, ist nämlich größer als der unter die Rentabilitätsgrenze abgesunkene Kapitalzins von z. B. nur 2,5% oder weniger.

Durch die Geldhortung wird zugleich der Kreislauf des Geldes unterbrochen; die ersten Absatzstockungen in der Investitionsgüterindustrie treten auf. Schließlich wird eine allgemeine Deflationspsychose ausgelöst, die sich wie ein Strohfeuer über das ganze Land ausbreitet. Von der Investitionsgüterindustrie springt der Funke der Krise auch auf alle übrigen Wirtschaftszweige über, und die Deflationsspirale setzt sich flugs in Bewegung.

Die Deflationsspirale

Alle Industrien schränken ihre Produktion auf ein Minimum ein und setzen einen großen Teil ihrer Arbeiter auf die Straße, weil sie damit rechnen müssen, daß sie wegen der im Anlauf befindlichen Krise nicht mehr in der Lage sein werden, die noch zu höheren Kosten erzeugten Güter bei fallenden Preisen ohne Verluste abzusetzen. Industrie, Großhandel, Kleinhandel und sogar die Konsumenten stellen in Erwartung fallender Preise selbst ihre dringendsten Einkäufe wegen des Vorteils der Steigerung der Kaufkraft des Geldes weitgehend ein.

Angesichts der allgemeinen Depression wird mit einer Verringerung der Einkommen, mit dem möglichen Ausbleiben von Zahlungseingängen der Kundschaft und mit Deflationsverlusten gerechnet. Überall in der Wirtschaft breitet sich eine panische Furcht vor der möglichen eigenen Zahlungsunfähigkeit und den damit verbundenen Folgen (Konkurs usw.) aus. Ein jeder einzelne Kaufmann strebt jetzt in erster Linie danach, unter allen Umständen liquide zu werden. Deshalb wird nicht nur von den bisherigen Investoren und den Geldkapitalverleihern, sondern nun überall in der gesamten Wirtschaft dazu übergegangen, das hortungsfähige Bar- und Bankgeld zurückzuhalten und es nicht mehr

zum Kauf von Gütern zu verwenden. Ein Preissturz auf allen Märkten setzt ein. Vorräte werden überstürzt abgestoßen. Die Märkte werden deroutiert, und die allgemeine Krisenstimmung verschärft sich.

Die Arbeitslosigkeit nimmt täglich zu. Die Nachfragekurve fällt dadurch steil ab, und das wieder führt zu weiteren Produktionseinschränkungen, zu weiteren Entlassungen und zu weiterer Verringerung des Konsums. So entsteht eine Schraube ohne Ende. Unzählige Wirtschaftsbetriebe gehen in Konkurs, denn selbst ein erheblicher Teil der sonst gesunden Unternehmen kann sich nicht mehr halten. Viele Betriebe werden ganz geschlossen; andere arbeiten nur noch verkürzt.

So geht schließlich die volkswirtschaftliche Produktion auf ein Minimum zurück. Millionen Menschen dürfen nicht mehr arbeiten und produzieren. **Unzählige Räder stehen still, aber nicht, weil die Güter, die hergestellt werden könnten, nicht benötigt werden, sondern weil der Kreislauf des Geldes unterbrochen wurde, weil das Geld im Gegensatz zur Ware ohne Verlust zurückgehalten werden kann und gehortet wurde.**

So endet jede Konjunktur, und so beginnt jede Krise, bis sie im ständigen Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eines Tages wieder von einer neuen Konjunktur abgelöst wird.

Voraussetzungen für eine krisenlose Vollwirtschaft

Silvio Gesell hat mit dem von ihm vorgeschlagenen Umlaufszwang des Geldes (unter gleichzeitiger Koppelung der Währung an den Güterpreisindex), Wege aufgezeigt, um künftig eine krisenlose Vollwirtschaft zu ermöglichen und ein für allemal den Ausbruch einer neuen Wirtschaftskrise zu unterbinden. Aber die Nationalökonomien der kapitalistischen Welt schweigen sich über seine Ideen aus verständlichen Gründen aus, denn die Verwirklichung seiner Reformvorschläge würde zugleich den Untergang des Kapitalismus bedeuten.

Mit Hilfe des Umlaufzwanges des Geldes (Geldsteuer) würde nämlich erreicht werden, daß sich das Geldkapital auch dann weiter zur Verfügung stellen muß, wenn der Zins unter die übliche Rentabilitätsgrenze bis auf 0% absinken würde, denn jede Hortung von Geld wäre dann mit empfindlichen laufenden Verlusten verbunden, die weit größer wären als die mögliche Vorteil der Liquidität.

Aus diesem Grunde würde die Investitionstätigkeit selbst dann nicht unterbrochen werden, wenn aus dem Sachkapital überhaupt keine Kapitalrente mehr aufkäme, denn ein Ausweichen in die Hortung von Geld würde demgegenüber sogar einen laufenden Vermögensverlust zur Folge haben. Wenn aber nun durch das Umlaufgeld eine störungsfreie und krisenlose Vollwirtschaft erzeugt wird, in deren Verlauf der Zinsfuß immer weiter fallen muß, so würde das, wie es Keynes treffend bezeichnet hat, „den sanften Tod des Kapitalrentners bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“, nach sich ziehen. Die soziale Frage wäre dann eines Tages endgültig gelöst, und zwar spätestens, wenn das arbeitslose Einkommen aus Kapital ganz untergegangen und restlos in die Hände der Arbeitenden übergegangen ist.

Rüstung und Krieg als Mittel der Krisenbekämpfung

Die Realisierung der Gesellschen Reformen würde jedoch gleichzeitig den Untergang des Kapitalismus als Ausbeutungsmacht zur Folge haben. Da aber solches nicht sein soll und nicht sein darf, sind die Nationalökonomien der westlichen Welt seit der letzten Weltwirtschaftskrise eifrig dabei, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den Ausbruch einer neuen Krise unter allen Umständen auch ohne Anwendung der Gesellschen Reformen und unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verhüten.

Zu den klassischen Mitteln der Krisenbekämpfung gehörten bisher stets in erster Linie die **Rüstung** und letztlich der **Krieg**. Durch Rüstungsmaßnahmen werden die für den zivilen Bedarf verbleibenden Produktionskapazitäten eingeengt oder sogar vermindert. Der Auf- und Ausbau der Rüstungsindustrie und die mit der Rüstungsproduktion verbundene ständige Anpassung an den neuesten technischen Stand erfordert laufend sehr beträchtliche Neuinvestitionen und damit einen entsprechenden zusätzlichen Kapitalbedarf. Kapitalerträge, die zuvor abgesunken waren, werden wieder in die Höhe getrieben.

Noch wirksamer als jede turbulente Rüstung aber waren von jeher die Kriege; sie sorgten nicht nur für den Verbrauch der Rüstungsgüter, sondern führten darüber hinaus auch die Vernichtung von Produktionsmitteln und -anlagen sowie sonstigen Sachwerten herbei und erzeugten damit einen riesigen Kapitalmangel. Von den Folgen eines jeden Krieges vermochten die darauf folgenden Konjunkturen stets lange und nachhaltig zu zehren.

Auch nach Abklingen der letzten großen Weltwirtschaftskrise wurden zunächst die altbewährten Mittel „Rüstung“ und „Krieg“ mit Erfolg eingesetzt. Nach 1933 wurde in Deutschland und in den meisten europäischen Ländern teils in gigantischem Umfang aufgerüstet. Die Arbeitslosigkeit wurde bald überwunden. Die Kapitalrente kletterte wieder aufwärts, und die Konjunktur lief bald auf Hochtouren. Der 1939 ausgebrochene 2. Weltkrieg legte dann — namentlich in Europa, insbesondere in Deutschland — einen erschreckend hohen Teil der vorhandenen Industriekapazitäten, Verkehrsmittel und sonstigen Anlagen sowie viele Millionen von Wohnungen mit Hausrat, Möbeln und Kleidung in Schutt und Asche. **Der Krieg hatte einen Kapitalmangel erzeugt, wie ihn die Welt zuvor in diesem Ausmaße noch nie erlebt hatte.** Der notwendige Wiederaufbau und die für den Nachholbedarf an Verbrauchsgütern erforderliche Produktion sicherte zunächst weiterhin eine lange Konjunkturperiode. Namentlich in der Bundesrepublik, wo die Kapitalnot am größten war, wurde die Kapitalrente zunächst in schwindelhafte Höhe getrieben. (Vgl. Informationen 3/60, S. 16.) Auch in den außereuropäischen Ländern (z. B. USA) profilierte man zunächst ebenfalls von der in der übrigen westlichen Welt herrschenden Kapitalknappheit.

Im Verlaufe des Jahres 1950 machten sich jedoch dort die ersten Krisensymptome bemerkbar. Sie wurden schnell und radikal durch den Koreakrieg verdrängt, der zur rechten Zeit entfacht wurde und abermals eine Aufrüstungswelle in der ganzen westlichen Welt auslöste. Die erneuten Rüstungsinvestitionen erforderten wiederum einen außerordentlich hohen Kapitaleinsatz. Abermals wurde die Kapitalrente vor dem Absinken unter die Rentabilitätsgrenze gerettet. Die sonst fällige Krise unterblieb.

Auf der Suche nach weiteren Mitteln zur Krisenbekämpfung

Zur weiteren Stützung der Konjunktur wurde in allen westlichen Ländern nach sonstigen Mitteln zur Krisenbekämpfung gefahndet. Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierungen wurden deshalb alle Einflußfaktoren gefördert, die direkt oder indirekt dazu beitragen, daß die Investitionsrate im Verlaufe der konjunkturellen Entwicklung nicht weniger wächst als die Sparrate (Kapitalbildung). In diesem Sinne hat namentlich nach Beendigung des letzten Krieges die wissenschaftliche Forschung (z. B. auf dem Gebiete der Chemie, der Elektronentechnik und der Kernenergie), gewirkt und zu einer ständigen Modernisierung des Produktionsapparates und der Produktionsstruktur angereizt. Ein erheblicher Teil der Produktionsmittel und -anlagen wurde durch sie in relativ kurzer Zeit unwirtschaftlich und schrottreif und mußte durch Einsatz beträchtlicher Kapitalmittel erneuert werden.

Auch die zunehmende Automatisierung von Industriebetrieben erforderte einen überaus starken Kapitaleinsatz und bremste den Druck auf den Zins trotz zunehmender Kapitalbildung. In gleicher Weise wirkten u. a. auch die in den meisten westlichen Ländern durchgeführten Arbeitszeitverkürzungen, die stets ohne rechten Widerstand seitens der Industrie hingenommen wurden. Die sonst mögliche Ausweitung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion wurde auf diese Weise nicht unwesentlich gehemmt, ohne daß die indirekte Lohnkostenverteuerung auf den Sachkapitalertrag drückte. Die erhöhten Lohnausgaben wurden in der Regel durch die Zunahme der Produktivität aufgewogen.

Ferner hat die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen in vielen westlichen Ländern zur Vornahme unproduktiver Investitionen in der Wirtschaft beigetragen, die ausschließlich der Repräsentation dienen, aber dennoch gleichzeitig die Inanspruchnahme von Geldkapital vermehren.

Ebenso hat das starke Anwachsen der behördlichen und privaten Bürokratie den Bestand an potentiellen Arbeitskräften innerhalb der Produktivwirtschaft wesentlich ver-

ringert und dadurch die sonst mögliche Expansion des Produktionsvolumens gedrosselt. Ferner wurden in einigen Ländern die Auftragseingänge innerhalb der Volkswirtschaft sorgfältig beobachtet. Bei Auftreten rückläufiger Auftragstendenzen wurde der Verbrauch des Staates, z. B. durch vermehrte Ausgaben für den Straßenbau, öffentliche Einrichtungen usw. gesteigert, um auch auf diese Weise Krisenerscheinungen rechtzeitig zu begegnen.

Schließlich ging man in fast allen westlichen Ländern zur dosierten Inflation über, um die Konjunkturimpulse laufend zu entfachen und den Ausbruch einer Deflationspsychose zu verhüten. Allerdings kann auch durch eine dosierte Inflation bei zunehmender Kapitalbildung auf die Dauer nicht verhindert werden, daß die Sparrate allmählich über die Investitionsrate hinauswächst und daß die Kapitalrente eines Tages unter die bewußte Rentabilitätsgrenze herabgedrückt wird. Trotz allem ist dann die Krise nicht aufzuhalten.¹⁾

Wenn man die bisherigen Erfolge der modernen Krisenbekämpfung innerhalb der westlichen Welt näher untersucht, so läßt sich im ganzen gesehen zurückschauend sagen, daß es durch Rüstung, Krieg und die geschilderten sonstigen Manipulationen zum ersten Male in der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrhunderte gelungen ist, **etwa 30 Jahre lang den Ausbruch einer neuen großen Wirtschaftskrise hinauszuschieben**, während zuvor gewöhnlich alle 7 bis 8 Jahre ein Konjunkturwechsel fällig war. Wie lange unter sonst gleichen Umständen noch die weitere Verlängerung der Konjunktur möglich sein wird, läßt sich schwer sagen. **Fest steht jedoch, daß alle Ersatzlösungen zur Pflege der Konjunktur ohne ständige Anheizung durch Rüstung und Krieg allein nicht ausreichen, die Kapitalrente auf die Dauer zu retten.**

Aufflackern erster Krisensymptome

Bereits im Jahre 1958 wäre es fast zu einer handfesten großen Krise gekommen. Schon am 7. 9. 1957 schrieb die angesehene englische Zeitschrift „The Financial Times“ u. a.:

„Der Grund für die Vermutung eines neuen Konjunkturrückganges ist, daß die Welt eine lange und fast ununterbrochene Periode lebhafter Investitionstätigkeit hinter sich hat. Zu den normalen Anzeichen der Endphase einer Investitionskonjunktur gehört eine sinkende Tendenz der Kapitalrente, die neue Investitionen immer weniger lohnend macht. Aber ohne ein hohes Niveau neuer Investitionen kann die Weltwirtschaft nicht das volle Ergebnis der Produktionskapazitäten absorbieren, die in der ersten Phase der Investitionskonjunktur geschaffen worden ist. Liquiditätsprobleme, sinkende Warenpreise und die gegenwärtige Abwärtsbewegung im üblichen Investitionszyklus bilden ein böses Trio wirtschaftlicher Gefahrenmomente.“

Anfang des Jahres 1958 begann in den USA die Investitionstätigkeit abrupt abzunehmen; die Lagerbestände in der Industrie und im Handel wurden abgebaut; die Arbeitslosigkeit wuchs im Nu auf 5 Millionen an, und die beginnende Krise griff von Monat zu Monat weiter um sich. Alle Versuche, ihr von der Geldseite her Herr zu werden, scheiterten, denn **mit hortungsfähigem Geld läßt sich keine Krise bekämpfen.**

Auch in den übrigen westlichen Ländern zeigten sich die ersten depressiven Tendenzen, und es bestand die akute Gefahr des Übergreifens der Krise auf die gesamte kapitalistische Welt. **Die Herren des Kreml beobachteten mit Ergötzen jede einzelne Phase der amerikanischen Recession.** Sie hofften nunmehr, daß sich ihre alte Prognose des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs der westlichen kapitalistischen Welt bald erfüllen werde.

Rettung durch Rüstung

Aber es kam anders. Bereits am 13. 3. 1958 meldete dpa, daß die amerikanischen Gewerkschaften von Eisenhower als Sofortmaßnahme gegen das Ansteigen der Arbeitslosigkeit eine Erhöhung der Rüstungsausgaben forderten. Die „Frankfurter

¹⁾ Optisch tritt das Abfallen des Kapitalzinses während einer dosierten Inflation nicht offen in Erscheinung, da der reale Zins, der sich unter Berücksichtigung der Geldentwertung ergibt, wesentlich unter dem nominalen Zins liegt. Bei der Sachkapitalrente kommt das Absinken dagegen z. B. in der niedrigen Aktienrendite stets sichtbar zum Ausdruck. Daß trotz einer dosierten Inflation eine deflationäre Entwicklung ausgelöst werden kann, zeigte sich z. B. nach Absinken des realen Kapitalzinsfußes in den USA (1957-1958), wo die Depression bei weiter anhaltender Geldentwertung erst durch eine neue Rüstungswelle ausgelöst werden konnte.

Rundschau" meinte am 24. 3. 1958 sogar, daß nicht einmal die Rüstung ohne laufenden Verbrauch am Kriegsschauplatz ausreichen würde, um eine Ankerbelung zu ermöglichen und die Schwächen im wirtschaftlichen Gefüge der USA zu überwinden.

Im Juli 1958 setzten die USA schließlich die altbewährten Mittel der Krisenbekämpfung ein: Der Nahost-Konflikt wurde ausgelöst, und Truppenlandungen in Jordanien und im Libanon schufen eine erste politische Krise. Die militärische Aktion des Westens bewirkte blitzartig einen Konjunkturschwung in den USA. Die Wallstreet wurde sofort von einer neuen Hausse ergriffen und eskomptierte die Gewinne aus dem zu erwartenden Rüstungsgeschäft. Der Lagerabbau wurde sofort gestoppt. Die Bestellungen häuften sich wieder, und die amerikanische Wirtschaft begann unverzüglich wieder auf vollen Touren zu laufen. Mitte August 1958 wurde die neu eingeleitete Konjunktur bereits durch Unterzeichnung des bisher größten Verteidigungsbudgets in Friedenszeiten fundiert, das Ausgaben in Höhe von 168 Milliarden DM vorsah. **Abermals waren Konjunktur und Zins für einige Zeit gerettet.**

Chruschtschows gefährlichster Schlag gegen den Westen

Mitte 1959 aber traf die westliche Welt der schwerste Schlag, der die gesamte internationale Hochfinanz in Verwirrung und Verlegenheit brachte. Chruschtschow besuchte Eisenhower in den USA und erklärte ihm in Camp David, daß er die totale Abrüstung fordere. Die praktische Durchführung eines solchen Vorhabens würde für die Sowjetunion eine außerordentliche Beschleunigung ihres Aufbauprogramms ermöglichen. Anstelle der unproduktiven Rüstung könnten dort mit den vorhandenen Produktionskapazitäten nunmehr zusätzliche Güter für den zivilen Bedarf hergestellt werden. Die Eingliederung der jetzt in der russischen Wehrmacht befindlichen Soldaten in den Produktionsprozeß würden den Aufbau und die Gütererzeugung ebenfalls erheblich fördern und es den Russen ermöglichen, weit schneller als vorgesehen, den Anschluß an den Lebensstandard des Westens zu erreichen.

Für die westlichen kapitalistischen Länder bedeutet dagegen der Verzicht auf die Rüstung nicht nur zugleich den Verzicht auf eines der wirksamsten und probatesten Mittel zur Krisenbekämpfung und zur Rettung des Kapitalzinses. Noch viel verhängnisvoller würde sich die totale Abrüstung dadurch auswirken, daß die vorhandenen ungeheuren Rüstungskapazitäten nicht mehr ausnutzbar wären, daß das Millionenheer der Rüstungsarbeiter ohne Beschäftigung wäre, und daß die aus der Wehrmacht entlassenen Soldaten die Arbeitslosigkeit noch zusätzlich vermehren würden. Die totale Abrüstung, ja sogar schon eine begrenzte Abrüstung würde angesichts der Tatsache, daß die Hochkonjunktur in der ganzen westlichen Welt längst ihren Kulminationspunkt überschritten hat, den sofortigen Ausbruch einer unheimlichen Wirtschaftskrise nach sich ziehen, der gegenüber die Krise der 30er Jahr wahrscheinlich noch ein Kinderspiel war. Denn jeder Versuch, die Rüstungskapazitäten und die durch die Auflösung der Armee zusätzlich zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte für die Steigerung von Gütern des zivilen Bedarfs einzusetzen, würde in Erwartung des ungeheuren Drucks auf die Kapitalrente von vornherein scheitern.

Letzte Chance für den Westen: Gewährung von Wirtschaftshilfen

Schon seit einigen Jahren ist man sowohl im westlichen wie im östlichen Machtblock zu der Einsicht gelangt, daß es in einem neuen Krieg angesichts der Wasserstoffbombe und des Fortschritts der Raketentechnik weder Besiegte noch Sieger geben würde und daß der Krieg die Vernichtung des größten Teils der Menschheit zur Folge hätte. Aus diesem Grunde ist für den Westen heute der Krieg nicht mehr — wie früher — ein brauchbares Mittel zur Konjunkturbelebung und Auffrischung der Kapitalrente. Aber auch gegen die Abrüstung wird man sich auf die Dauer im Westen schon aus politischen Gründen nicht sperren können, wenn die drohende Gefahr eines alles vernichtenden Krieges endlich gebannt werden soll. Der Westen wird daher der kommunistischen Forderung auf Abrüstung früher oder später nachgeben müssen.

Aber schon eine Teilabrüstung würde ungeheure wirtschaftliche und konjunkturelle Folgen heraufbeschwören, die mit den bisherigen Mitteln nicht mehr zu meistern wären.

Diese Erkenntnis ist der wahre Grund, weshalb kurze Zeit nach der Begegnung Chruschtschow — Eisenhower in Camp David in allen westlichen Ländern plötzlich mit riesigem Aufwand eine pausenlose Propaganda zu Gunsten der Hilfe für die Entwicklungsländer organisiert wurde.

In einem zuvor nie gekanntem Ausmaß haben sich Presse, Rundfunk und Fernsehen in den Dienst dieser Werbung gestellt. Tag für Tag wird die Öffentlichkeit mit Berichten über die ökonomische, politische und soziale Situation in den unterentwickelten Ländern und mit Darlegungen über die Notwendigkeit der westlichen „Hilfe“ bombardiert.

12 000 000 000 000 DM für Investitionen

Prof. Fritz Baade hat kürzlich errechnet, welche astronomischen Kapitalbeträge künftig für Investitionen im Rahmen des Aufbaues in den unterentwickelten Ländern benötigt werden. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums in den asiatischen Ländern kommt er dabei auf eine Summe von 3 Billionen Dollar (= 12 000 000 000 000 DM), die bis zum Jahre 2000 eingesetzt werden könnte.

An dieser gewaltigen Zahl läßt sich die ungeheure Bedeutung ermesen, die die westliche Hilfe zu Gunsten der unterentwickelten Länder vor allem für den Westen selbst haben wird. In Anbetracht der zu erwartenden Abrüstung ist hier eine einzigartige und einmalige Chance gegeben, die kapitalistische Wirtschaftsordnung für einige weitere Jahrzehnte vor der sonst fälligen Wirtschaftskrise und den damit verbundenen politischen Folgen zu bewahren.

Wenn man die westliche „Hilfe“ unter diesen kapitalistischen und zinswirtschaftlichen Aspekten betrachtet, erscheint der ganze Wirbel um die Gunst der unterentwickelten Länder erst recht verständlich. Denn es geht hierbei nicht allein darum, die fraglichen Länder von den kommunistischen Einflüssen abzuhalten, sondern die „Hilfe“ soll zugleich den Westen selbst von seinen eigenen Nöten befreien.

Einstweilen läßt sich allerdings noch nicht übersehen, in welchem Umfange die westlichen Industrieländer künftig für die Herstellung und den Export von Investitionsgütern, d. h. für die Lieferung von Maschinen, Verkehrsmitteln, Fabrikeinrichtungen usw. eingespannt werden. Es ist wahrscheinlich damit zu rechnen, daß der größte Teil der unterentwickelten Länder schon aus Prestigegründen danach streben wird, im Laufe der nächsten Jahrzehnte die wichtigsten Investitionsgüter nach Aufbau einer eigenen Investitionsgüterindustrie selbst herzustellen.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Sowjetunion, wo noch vor einigen Jahrzehnten die Durchführung der 5-Jahrespläne ohne Einführung von Investitionsgütern nicht möglich gewesen wäre, während die russische Industrie heute sogar imstande ist, selbst Investitionsgüter zu exportieren und sich weitgehend an Lieferungen in die unterentwickelten Länder zu beteiligen. Namentlich in Indien und China wird wahrscheinlich zuerst mit dem Aufbau eigener Investitionsgüterindustrien begonnen werden, und sicher werden ihnen weitere Länder folgen.

Für die westlichen kapitalistischen Länder wäre die Errichtung dieser Industrien in den Entwicklungsländern keineswegs unbedingt uninteressant, wenn der Aufbau vorwiegend mit westlichem Kapital durch Vornahme von Direktinvestitionen durchgeführt werden würde. Die Hauptsache für sie wäre dabei, daß sie auf diese Weise ihr eigenes überflüssiges Kapital ausführen und durch Direktinvestitionen zu den zu erwartenden hohen Renditen anlegen könnten, wobei der Druck auf den Kapitalzins im eigenen Lande zugleich gemindert werden würde.

Verschiedene Erfahrungen, die die westlichen Länder bereits jetzt gemacht haben, deuten allerdings darauf hin, daß nicht überall Direktinvestitionen erwünscht sind. Einige der unterentwickelten Länder sind lediglich bereit, Lieferaufträge für den Aufbau der geplanten Industrien und Anlagen zu vergeben, die sie nach Fertigstellung dann in eigene Regie übernehmen wollen. Die Finanzierung der Aufträge soll jedoch entweder von den ausländischen Lieferanten durch Gewährung entsprechender Kredite oder durch Kredite der Weltbank oder anderer internationaler Kreditorganisationen übernommen werden.

Politische Niedrigstzinssätze für Kredite

Der übliche Zinsfuß, der den unterentwickelten Ländern für westliche Kredite berechnet wird, beträgt z. Zt. etwa 6% bis 6,5%. Weltbankkredite wurden in letzter Zeit zu etwa 6% Zins gewährt. Einige unterentwickelte Länder haben es jedoch bereits verstanden, die politische Konkurrenz der beiden Machtblöcke des Westens und des Ostens auszunutzen. Sowohl der Arabischen Republik als auch Indien sind von den Russen Kredite zu einem

politischen Zins von nur 2,5% überlassen worden. Es wurde zwar von westlicher Seite behauptet, daß die Russen den Unterschiedsbetrag zwischen diesem Zinssatz und dem Zins der westlichen Länder auf die Preise ihrer Lieferungen aufgeschlagen hätten. Es mag dahingestellt sein, ob das richtig oder falsch ist. Mit ziemlicher Sicherheit ist indessen anzunehmen, daß derartige Preisaufschläge im Zuge des weiteren Wettbewerbs zwischen Ost und West nicht honoriert werden und daß man dennoch auf beiden Seiten nach und nach weiterhin politische Niedrigstzinssätze anbieten wird. Die mögliche Anpassungsbereitschaft des Westens ergab sich u. a. bereits aus Verhandlungen, die eine deutsche Delegation im Januar 1960 mit ägyptischen Unterhändlern geführt hatte. Den Deutschen wurde zu verstehen gegeben, daß nicht nur die Russen billige Kredite angeboten haben, sondern daß sich auch die USA im starken Maße mit billigen Krediten engagiere, die Geschenken gleich kämen.

Für die Russen ist die Hergabe billiger oder sogar zinsloser Kredite natürlich überhaupt kein Problem, da sie nicht vom Kapitalmarkt abhängig sind. Schon aus politischen Gründen werden sie daher sicher weiterhin zu entsprechenden Offerten bereit sein. Im Westen werden dagegen die privaten Unternehmer und Finanziere keineswegs ohne weiteres Kapitalkredite zu Zinssätzen zur Verfügung stellen, die etwa noch unter der üblichen Rentabilitätsgrenze liegen.

Aber am Kapitalexport sind ja nicht nur die westlichen Kapitalbesitzer, sondern auch deren Regierungen aufs äußerste interessiert, insbesondere, wenn sie sich kurz über lang doch noch zu einer Abrüstung entschließen müßten. Außerdem weiß man im Westen, daß mit jedem Land, das evtl. wegen günstigerer Kreditzinssätze an den Ostblock verloren geht, die westlichen Industrieländer zugleich auch Absatzgebiete und Einfuhrquellen verlieren. Ferner ist man zu der Auffassung gelangt, daß für diejenigen Länder, denen es gelingt, den Entwicklungsländern die Umwandlung zu einem wirtschaftlich und sozial gesunden Staatswesen zu ermöglichen und ihr Vertrauen zu erwerben, eine Unterstützung aus eigener Substanz lohnend ist.

Unter diesen Aspekten haben ja die meisten westlichen Länder bereits weitgehende Bürgschaften für Kredite und Investitionen in den unterentwickelten Ländern übernommen, und aus den gleichen Erwägungen liegt es nahe, daß sie — wenn es die Konkurrenz mit dem Ostblock erfordern sollte — bereit sein werden, auch entsprechende Zinssubventionen für Kredite zuzubilligen.

Zinssubventionen aus ersparten Rüstungskosten?

Die Übernahme einer solchen Verpflichtung würde nicht einmal eine zusätzliche Belastung für die Steuerzahler der westlichen Welt zur Folge haben müssen, wenn man unterstellt, daß künftig noch entsprechender Abrüstung riesige Beträge an Staatsausgaben eingespart werden könnten. In den USA werden z. B. nach dem letzten Militäretat, der Ende vergangenen Jahres genehmigt wurde, jährlich 41 Mrd. Dollar = 185 Mrd. DM für Rüstungszwecke verausgabt. Wenn diese Summe im Falle einer totalen Abrüstung ganz eingespart werden würde, so könnten allein vom amerikanischen Staat bei Zugrundelegung einer vollen Zinssubvention von 5% insgesamt zinslose Kredite in Höhe von 3,7 Billionen DM subventioniert werden. Bisher haben die USA nur etwa 1% dieser Summe als Kredit in die unterentwickelten Länder exportiert! Auch die Summe aller bisher von der Weltbank an die unterentwickelten Länder gewährten Kredite beträgt demgegenüber

Literatur: Fritz Baade, „Weltenergiewirtschaft“, rororo, Bd. 75; Fritz Baade, „Welternährungswirtschaft“, rororo, Bd. 29; „Bodenreform in Indien“, Bericht d. Instituts f. Geozozoologie, Bad Godesberg, Heft. 9/59; Deutsche Zeitung 13. 2. 60: „Im Schatten der Pyramiden“; Silvio Gesell, „Die natürliche Wirtschaftsordnung“; John Maynard Keynes, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Leipzig 1936; Herbert K. R. Müller, „Währung und Wirtschaftsschicksal“, Bad Godesberg 1960; Zeitschrift „Hilfe für Entwicklungsländer“: Fritz Baade, „Weltumspannender Hilfsplan“, S. 8, 1/59; E. Herzog, „Die Bedeutung verbesserter menschlicher Beziehungen“, 1/59, S. 23; R. Margulius, „Unterstützung durch Einfuhr aus Rohstoffländern“, 1/59, S. 11; P. Löwke, „Hilfe für Entwicklungsländer“, 1/59, S. 5; Dr. v. Twardowski, „Kulturelles Zusammenwirken mit den Entwicklungsländern“, 1/59, S. 13; „Was der Deutsche Steuerzahler aufbringt“, 1/59; Jahresbericht der Weltbank 1959; Heinz Zimmermann, „Aus Leibeigenen sollen Bauern werden“, Dt. Zt. 3/60; Rolf Wagenführ, „Die Welt in Zahlen“, Ulstein-Verlag.

nur ca. 17 Mrd. DM. Es ist anzunehmen, daß sämtliche westlichen Industrieländer zum sammengekommen selbst bei kräftig zunehmender Kapitalbildung nicht einmal in den nächsten 10 Jahren in der Lage wären, ein so hohes Kreditvolumen für die unterentwickelten Länder abzuzweigen. Wahrscheinlich würde also schon ein Bruchteil der bisherigen Rüstungsausgaben der westlichen Welt ausreichen, um den vollen Zinsendienst aller Kredite zu subventionieren.

Ob es freilich jemals zu einer Zinssubventionierung in diesem Umfange kommen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Immerhin dürfte es für die wegen der Abrüstungsgespräche sehr besorgten Vertreter der internationalen Hochfinanz beruhigend sein, wenn sie den Rechenstift zur Hand nehmen und feststellen, daß für die nächsten Jahrzehnte ein riesiger Kapitalexport zu normalen Zinsbedingungen möglich wäre, sofern ein Teil der bisher vom Staat aufgebrauchten Rüstungsausgaben für eine entsprechende Zinssubventionierung verwendet werden würde.

Die letzte große Chance

Zahlreiche unterentwickelte Länder sind indessen ohnehin an Direktinvestitionen, die den westlichen Investoren hohe Gewinne verheißen, brennend interessiert. In einigen lateinamerikanischen Ländern werden sie von den Regierungen sogar durch Zusicherung völliger Steuerfreiheit nachdrücklich gefördert. Wo jedoch jetzt oder später Direktinvestitionen nicht erwünscht sind, wäre es — wie wir gesehen haben — selbst bei schärfster Konkurrenz des Ostblocks durchaus denkbar, alles überflüssige Kapital, das die Konjunktur des Westens irgendwie bedrohen sollte, bei Gewährung von Zinssubventionen zu exportieren.

Die „Hilfe“ für die unterentwickelten Länder kann also in dieser oder jener Form als letzte große Chance des westlichen Kapitalismus gewertet werden; sie wird es ermöglichen, die seit drei Jahrzehnten anhaltende Konjunktur vielleicht noch zwei oder drei weitere Jahrzehnte zu verlängern. Und selbst wenn man in den westlichen Ländern trotz aller Widerstände dazu übergehen sollte abzurüsten, würde dies unter den gegebenen Umständen ohne besondere Beeinträchtigung der Konjunktur vor sich gehen können, vorausgesetzt allerdings, daß die notwendige Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion der für die unterentwickelten Länder bestimmten Güter nicht allzu überhastet durchgeführt wird. In der Vorkonferenz der Westalliierten zu der im Frühjahr 1960 geplanten Gipfelkonferenz wurde bereits nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Abrüstung nur allmählich vorgenommen werden könne, damit Wirtschaft und Industrie Zeit zur Umstellung haben.

Und dennoch wird der Kapitalismus scheitern

Bei der Werbung um die Gunst, für die unterentwickelten Länder „Hilfe“ leisten zu dürfen, hat es der Kommunismus viel leichter als der Westen, da er den psychologischen Vorteil für sich in Anspruch nehmen kann, nicht mit der Hypothek des Kolonialismus der vergangenen vier Jahrhunderte belastet zu sein. Der Westen wird deshalb, wenn er im Wettbewerb auf die Dauer bestehen will, mehr bieten müssen als der kommunistische Block. Allein die bloße Aussicht, in einem Staatswesen mit relativ weniger Zwang und mit relativ mehr Freiheit zu leben als in der kommunistischen Welt, würde die Völker Asiens und Afrikas sicher nicht dazu bestimmen können, sich dem kapitalistischen westlichen Wirtschaftssystem zu verschreiben. Es müssen zugleich auch spürbare materielle Verbesserungen der Lebensverhältnisse und ein Minimum an sozialer Sicherheit damit verbunden sein.

Literatur: Aus „Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts“: Hermann Abs, „Geldwert und Währung in der EWG“, 6/60; Hermann Abs, „Geld und Kredit in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, 45/58; Karl Blessing, „Währungspolitische Probleme“, 25/59; Fritz Berg, „Bewußte Konjunkturpolitik der freien Welt“, 26/59; Ludwig Erhard, „Die wirtschaftspolitischen Probleme Ostasiens“, 50/58; Franz Etzel, „Stand und Probleme der wirtschaftlichen Integration“, 1/58; Franz Etzel, „Mit Europa zur Freiheit und Einheit“, 27/59; G. Henle, „Entwicklungsländer und Gemeinsamer Markt“, 4/60; Fritz Hellweg, „Wir und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft“, 47/58; A. Müller-Armack, „Der Gemeinsame Markt in gesamtwirtschaftlicher Sicht“, 35/59; Carl Neumann, „Außenhandelspolitik im Integrationszeitalter“, 44/59; Lord Shawcross, „Förderung internationaler Investitionen“, 10/60; Matthias Schmitt, „Entwicklungsländer als weltwirtschaftliche Aufgabe“, 38/59; Edgar Salin, „Friedrich List und die europäische Zollunion“, 29/59.

Wird aber dieses Ziel in einer nach kapitalistischen Prinzipien arbeitenden Wirtschaftsordnung erreicht werden können? Bei der Beantwortung dieser Frage sollte man sich folgendes vor Augen halten:

Im Europa des 19. Jahrhunderts kamen noch auf einen Europäer zwei Asiaten, Ende unseres Jahrhunderts werden wir auf einen Europäer vermutlich vier Asiaten zählen. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Bevölkerung in den technisch fortschrittlichen Ländern noch etwa ein Drittel der Weltbevölkerung. Dieser Anteil wird voraussichtlich auf ein Viertel, möglicherweise auf ein Fünftel, bis zum Jahre 2000 zurückgehen.

Bei dieser Tendenz der Bevölkerungsentwicklung ist das unvermeidliche **Heraufkommen von ca. 2 Milliarden eines neuen Weltproletariats** gewiß. Gelingt es aber nicht rechtzeitig, die sozialen Zustände in den jetzigen unterentwickelten Ländern an den Lebensstandard unserer heutigen modernen Industriestaaten anzupassen und dafür zu sorgen, daß die heutigen Industrieländer nicht allzu lange als Inseln des Wohlstandes in einem schier unendlichen Meer von Armut stehen bleiben, dann werden sich bald Unzufriedenheit und Widerstand gegen die bestehende Wirtschaftsordnung ausbreiten.

Wehe aber, wenn noch Schlimmeres geschieht, wenn der industrielle Aufbau in den unterentwickelten Ländern in einigen Jahrzehnten oder früher bis zu einem gewissen Grade vorangekommen ist und sich in der gesamten kapitalistischen Welt ein unaufhaltbarer neuer Druck auf den Kapitalzins bemerkbar macht! Wehe, wenn dann die solange unterdrückte Weltwirtschaftskrise plötzlich losbricht und wenn davon nicht nur die Menschen in den heutigen Industrieländern, sondern auch die großen Heere der neu entstandenen Industrieproletarier in Afrika und Asien durch Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Verelendung bedroht werden! Sollten dann — wie einst in den 30er Jahren — Politiker und Nationalökonomien wieder hilflos daneben stehen und nicht wissen, wie der Katastrophe ein Ende bereitet werden kann, dann ist der endgültige Sieg des Weltkommunismus sicher.

Die Krisengefahr kann jedenfalls durch die jetzt in Gang gekommene „Hilfe“ für die unterentwickelten Länder nur vorübergehend, aber niemals endgültig gebannt werden. Der Ausbruch einer neuen Weltwirtschaftskrise wird nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Eines Tages wird und muß die westliche Welt doch am kapitalistischen Rentabilitätsprinzip scheitern und im kommunistischen Zwangssystem versinken. Die Freiheit ist auf die Dauer nur zu halten, wenn sich die Menschen unserer Zeit noch rechtzeitig auf die einzig mögliche Lösung des Krisenproblems besinnen und die Wirtschaft der kapitalistischen Länder in eine natürliche Wirtschaftsordnung (Freiwirtschaft) überführen, deren Modell Silvio Gesell der Menschheit als ehernes Vermächtnis hinterlassen hat.

Die INFORMATIONEN FÜR KULTUR, WIRTSCHAFT UND POLITIK erscheinen monatlich. Bezugspreis pro Monat in der Bundesrepublik Deutschland DM 1,45; in der Schweiz sfr. 1,50, im übrigen Ausland valutaentsprechend. Zu beziehen in der Bundesrepublik durch jede Postanstalt (Postverlagsort ist Hamburg), oder durch Bestellung beim Herausgeber; im Ausland nur durch Bestellung beim Herausgeber. Zahlungen (Bezugsgebühren, usw.) an den Herausgeber, soweit diese nicht an den Postboten erfolgen, in der Bundesrepublik auf das Postcheckkonto Dortmund 492 99, FREISOZIALE UNION, Hauptgeschäftsstelle, Hamburg 13, Postfach 2583; in der Schweiz auf das Postcheckkonto Zürich VIII 545 19, FREISOZIALE UNION, Hamburg (Deutschland); im übrigen Ausland mittels internationaler Postanweisungen an den Herausgeber in Hamburg. Herausgeber: FREISOZIALE UNION. Schriftleitung: Dr. K. Keßler. Vertrieb und Redaktion: Hamburg 13, Fröbelstraße 6, Postfach 2583, Fernruf: 45 51 32. Die mit Namen oder Initialen gezeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der FSU wieder. Druck: Max Siemen, Hamburg-Rahlstedt.